

IM LANDE DER BIBEL

ISSN-Nr. 0019-2597

**Menschen-
würde**

6

Die Menschenrechte
und das Leben
in der Westbank

18

Sumaya Farhat-Naser:
Gewalt schafft
keinen Frieden

34

Bischof Haddad:
Warum ich
Hoffnung habe

Liebe Leserinnen und Leser!

Wer die Luft zum Atmen hat, macht sich im Alltag wenig Gedanken dazu. Genug Stickstoff und Sauerstoff sind dann eben da, um leben zu können. Wer Respekt erfährt, sich frei bewegen und sprechen kann, und nicht um seine Unversehrtheit fürchten muss, für den ist die Menschenwürde ein interessantes und wichtiges Konzept – doch möglicherweise ebenso wenig alltagsrelevant.

Die Menschen, die in diesem Heft von ihren Erfahrungen berichten, erleben selbst Einschränkungen ihrer Freiheit und Würde oder beobachten dies bei Menschen, die ihnen nahestehen. Für sie ist dieses Thema eben deshalb essentiell. Sie schreiben, wie die Gewalt jüdisch-nationalistischer Siedler ihr eigenes Leben bedroht oder wie sie auf Grund ihrer Religion Missachtung erfahren und angespuckt werden.

Sumaya Farhat-Nasser, Rev. Munther Isaac, Pastorin Ines Fischer, Abouna Bas-har Fawadleh, Rev. Donald Binder oder Rana Zeidan, mit der unser christlich-ägyptischer Praktikant Saher Youssef gesprochen hat – sie bieten uns einen breiten Einblick in die Erfahrungen von Menschen, die in den letzten drei Jahren massive Einschränkungen und Unrecht erfahren haben. Der Jurist Nils Ossenkopp beleuchtet die völkerrechtliche Seite der Situation in Israel und Palästina und stellt die aktuellen Verfahren vor internationalen Gerichtshöfen dar.

Und es geht uns so nahe: Natalie Abudayyeh, eine junge Studentin in Bir Zeit, wurde von israelischem Militär in der

Nacht vom 1. auf den 2. Juni aus ihrem Zimmer geholt und inhaftiert. Sie ist Mitglied einer angesehenen Familie aus Beit Jala, der wir sehr verbunden sind. Welche Vorwürfe gegen sie erhoben werden, ist unklar. Zum jetzigen Zeitpunkt ist sie noch in Haft. Sie als Leserin oder Leser können sich hoffentlich so wenig wie ich vorstellen, was es bedeutet, wenn die eigene Tochter oder Schwester ohne Anklage von einem Tag auf den anderen in Haft gerät und unklar bleibt, wie lange dies währen wird. Wir machen uns Sorgen um sie und hoffen und tun, was wir können, dass sie bald wieder bei ihrer Familie ist.

Trotz all dieser Einschränkungen und Bedrohungen entscheiden sich Menschen dazu, autonom ihr Leben zu gestalten, oder sich als gläubige Menschen auch deutlich vor Augen zu führen, dass kein Mensch ihnen wirklich das Wichtigste nehmen kann, was er hat: seine Würde und seine Gottebenbildlichkeit. Keiner verliert diese Würde – weder die, die wir als Täter wahrnehmen, noch die, die wir als Opfer sehen.



Ihr
Dr. Simon Kuntze
Nahost-Referent des
Berliner Missionswerkes



IM LANDE DER BIBEL 2/2026

71. Jahrgang

Zum Titelbild: Die Familie des Mädchens floh im Gazakrieg vom Norden in den Süden, nach Khan Younis. *Foto: UNOCHA/Olga Cherevko*

2 Zu diesem Heft

4 Meditation

Menschenwürde

6 Menschenwürde

- 6 Die Menschenrechte und das Leben in der Westbank
- 10 Über das Leben in Jerusalem: Die Zerbrechlichkeit der Würde
- 14 Gewalt schafft keinen Frieden
- 18 Israel und Palästina: Die völkerrechtlichen Verfahren
- 22 Zwischen Würde und Wunden: Christsein unter Druck in Taybeh
- 24 Menschenwürde und diakonische Arbeit in Palästina

27 Kurzmeldungen

30 Buchbesprechungen

- 30 Daybreak in Gaza. Geschichten über Leben und Kultur Palästinas
- 31 Johannes Zang: »Und am Kontrollpunkt wartet die Erniedrigung«

32 Aus dem Jerusalemverein

- 32 Vertrauensleute
- 33 Impressum

34 Aus Schulen und Gemeinden

- 34 Bischof Haddad: Warum ich Hoffnung habe
 - 38 Kurzmeldungen
 - 40 Absolventinnen und Absolventen aus Beit Sahour berichten
 - 42 Ehemalige Talitha-Kumi-Schülerin in Birzeit verhaftet
- ### 44 Aus Israel und Palästina
- 44 Hilfslieferungen: Odyssee zwischen Ägypten und Gaza
 - 46 Vertreibungen in Susiya: Archäologie als Mittel von Enteignung

50 Hier können Sie helfen

- 50 Bildung schenkt Würde



Menschenwürde

Die Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 spricht von der »angeborenen Würde« aller Menschen. Sie beschreibt die »unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen« als Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt. Die Erklärung ist eine direkte Reaktion auf die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und den industrialisierten Massenmord aus rassistischen, antisemitischen, politischen, sozialen und ideologischen Gründen – unter anderem an Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, politischen Gegnern des NS-Regimes und Menschen mit Behinderungen.

Für mich als Christin findet sich der Gedanke einer allen Menschen angeborenen Würde im Schöpfungsbericht des 1. Buches Mose wieder, der von der Gottebenbildlichkeit jedes Menschen spricht. Darüber hinaus sind für mich die Berichte über den Umgang Jesu mit Menschen seiner Zeit und die heilenden Begegnungen, die von ihm ausgingen, eine Ermutigung – denn ich spüre in ihnen eine Kraft, die Menschen trotz aller gegensätzlichen Erfahrungen zur Menschlichkeit befähigen will.

Was bedeuten diese Glaubensüberzeugungen dann aber in meinem Alltag? An einem Ort, in einer Region, die nahezu täglich von Gewalt und Menschenrechts-

Blick aus der Kirche Dominus Flevit auf dem Ölberg in Richtung Jerusalemer Altstadt

verletzungen erschüttert wird und in der auf allen Seiten Menschen leben, deren Leben nicht heil werden kann, solange die Gewalt andauert.

Für viele Menschen der jüdisch-israelischen Gesellschaft sind die von der Hamas verübten Massaker am 7. Oktober 2023 ein Ereignis, dessen Brutalität sich tief in das kollektive Gedächtnis eingegraben hat. Neben dem unermesslichen Leid der betroffenen Familien haben die Ereignisse Ängste geweckt, die bis heute nachwirken. Fachleute sprechen von einer zutiefst traumatisierten Gesellschaft. Darüber hinaus stehen immer mehr Soldatinnen und Soldaten vor der Frage, wie sie mit den sogenannten »moral injuries« weiterleben können, die sie aus dem Kriegsgeschehen mitgebracht haben.

In der palästinensischen Gesellschaft der Westbank begegnet mir eine Lebenswirklichkeit, die von Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Angriffen gewalttätiger Siedler und dem Leben unter Militärverwaltung geprägt ist. In den Gazastreifen haben wir als Evangelische Gemeinde deutscher Sprache keine direkten Kontakte. Durch unsere Nachbarschaft mit dem Lutherischen Weltbund auf dem Auguste-Victoria-Compound erfahren wir jedoch regelmäßig von der Situation vor Ort, insbesondere im Gesundheitswesen. Denjenigen, die berichten, fehlen manchmal die Worte – so erschütternd sind die Lebensbedingungen.

Hat die Hoffnung, die mich als religiösen Menschen trägt, angesichts all dessen überhaupt eine Berechtigung? Ist sie tragfähig – trotz allem?

Tatsächlich erlebt diese Hoffnung immer wieder Wüstenzeiten. Ein Ende der

Gewalt ist derzeit nicht in Sicht. Angesichts dieser Realität geht es für mich gerade vor allem darum, nicht zu verbittern und das Trotzdem aufrechtzuerhalten. Ich erlebe, dass es für dieses scheinbar einfache Anliegen viel Kraft braucht. Zugleich bin ich unendlich dankbar dafür, gerade hier in der Region immer wieder Menschen kennenzulernen, die die Hoffnung auf gleiche Rechte und gleiche Würde für alle beharrlich weitertragen und dieser in ihrem alltäglichen Leben Gestalt verleihen.

Die Nachfolgerinnen und Nachfolger Jesu haben das Kreuz zu ihrem Zeichen gewählt: ein Zeichen, das die Realität der Welt sieht, ihren Schmerz nicht beschönigt und dennoch die Verheißung neuen Lebens in sich trägt. Trotz allem. Und vielleicht gerade deshalb.



Pfarrerin Ines Fischer

leitet das Evangelische Pilger- und Begegnungszentrum Auguste Viktoria auf dem Ölberg, Jerusalem.

Das Leben hinter
Mauern gehört in
Bethlehem zum Alltag.

Die Menschenrechte und das Leben in der Westbank

Wenn Verletzungen der Menschenwürde folgenlos bleiben

Munther Isaac sieht hinter der zunehmenden Gewalt gegen Palästinenserinnen und Palästinenser in der Westbank und der systematischen Einschränkung der Bewegungsfreiheit eine bewusste Vertreibungspolitik. Er kritisiert, dass Israel trotz vieler Rechtsbrüche weiterhin internationale Unterstützung erhält.

Von **Munther Isaac**

Vor einigen Monaten kam eine Gruppe israelischer Siedler in ein Viertel des Dorfes Birzeit, nördlich von Ramallah, in dem viele palästinensische

christliche Familien leben. Sie betraten das Land einer palästinensischen christlichen Familie, als gehöre es bereits ihnen. Dies ist im besetzten Westjordanland

zunehmend zur Normalität geworden. Eine ältere Frau aus der Familie stellte sie zur Rede. Nach Aussagen ihrer Angehörigen griffen die Siedler sie brutal an: Sie warfen sie zu Boden und schlugen ihr mit einem Stein auf den Kopf. Ihr Sohn, der den Angriff miterlebte, eilte zu ihrer Verteidigung, konnte die Angreifer vertreiben und brachte seine Mutter anschließend in ein Krankenhaus in Ramallah, wo sie fast zwei Tage auf der Intensivstation verbringen musste.

Kurz darauf trafen israelische Soldaten am Ort des Geschehens ein. Sie kamen jedoch nicht, um die Siedler festzunehmen, die eine ältere Frau angegriffen hatten, sondern suchten stattdessen ihren Sohn. Sein »Verbrechen« bestand darin, seine Mutter verteidigt und sich der Gewalt der Siedler entgegengestellt zu haben.

Dieser Vorfall macht deutlich, dass im besetzten Westjordanland zwei getrennte Rechtssysteme nebeneinander existieren: Israelische Siedler, die illegal auf besetztem Land leben, unterliegen dem israelischen Zivilrecht und werden nur selten für Gewalt gegen Palästinenser zur Rechenschaft gezogen. Palästinenser hingegen leben unter israelischem Militärrecht, in dem Verhaftungen, Inhaftierungen und Militärgerichte zum Alltag gehören. Dieses duale System — ein Recht für Israelis und ein anderes für Palästinenser — ist der Grund, warum viele Menschenrechtsorganisationen, darunter auch israelische, die Realität im Westjordanland als Apartheid bezeichnen.

Der Siedlerangriff in Birzeit ist kein Einzelfall, sondern spiegelt die tägliche Realität wider, die Palästinenser unter der Besatzung ertragen müssen. Nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angele-



Oben: Zwei Welten, auch in rechtlicher Hinsicht: Die Siedlung Pisgat Ze'ev (Ostjerusalem) im Vordergrund und die palästinensische Stadt Anata (Westjordanland) im Hintergrund.

Links: Autor Munther Isaac ist Pfarrer in Ramallah.

genheiten (OCHA) wurden im Jahr 2025 im Westjordanland bis Anfang Dezember rund 1.680 Siedlerangriffe mit Verletzten oder Sachschäden dokumentiert — im Durchschnitt fast fünf Angriffe pro Tag, der höchste Wert seit Beginn der UN-Erfassung im Jahr 2006. Dieselben UN-Daten zeigen, dass 2025 im Westjordanland 240 Palästinenser getötet wurden, die meisten durch israelische Streitkräfte, einige durch Siedler. Bei ihren Angriffen werden die Siedler häufig durch das Militär unterstützt oder gedeckt.

Gleichzeitig hat Israel die Geografie des palästinensischen Lebens durch ein weitverzweigtes Netz von Kontrollpunkten, Toren, Straßensperrungen und Barrieren im gesamten Westjordanland grundlegend verändert. Nach Angaben der UN gibt es inzwischen mehr als 920 Bewegungshemmnisse, die die Mobilität der palästinensischen Bevölkerung kontrollieren. Eine Fahrt zwischen zwei palästinensischen Städten, die eigentlich fünfzehn Minuten dauern sollte, kann nun Stunden



Oben: Gaza wurde im Krieg weitgehend zerstört.

Unten: Siedler bedrohen palästinensische Bauern bei der Ernte. Hier greift israelisches Militär beschwichtigend ein, oftmals flankiert es die Siedlerangriffe.

© WCC-EAPPI/Nadja

Rechts: Überall Passkontrollen, auch vor dem Moscheebesuch.



lich machen sollen, ist der rechtlich und moralisch zutreffende Begriff nicht »freiwillige Emigration«, sondern ethnische Säuberung. Das Problem lässt sich dabei nicht auf einige wenige extremistische Siedler reduzieren.

in Anspruch nehmen. Ganze Gemeinden werden voneinander isoliert, Familien getrennt, wirtschaftliches und soziales Leben erstickt. Diese Zersplitterung ist kein Zufall, sondern Teil einer gezielten Politik, die darauf abzielt, ein normales palästinensisches Leben unmöglich zu machen. Auch dies muss im größeren Kontext ethnischer Säuberung verstanden werden: der Schaffung so unerträglicher Lebensbedingungen, dass Menschen zur Abwanderung gedrängt werden.

Israels Politik und Absichten im Westjordanland sind für Palästinenser klar erkennbar. Israelische Politiker und Siedlerführer sprechen zunehmend offen davon, das zu fördern, was sie »freiwillige Emigration« nennen. Doch wenn eine Bevölkerung systematischer Einschüchterung, Gewalt, Landraub und Bedingungen ausgesetzt ist, die das Leben unerträg-

Siedler agieren unter dem Schutz des israelischen Militärs und mit Unterstützung der israelischen Regierung. Ihre Siedlungen werden subventioniert, ihre Gewalt toleriert und dient in vielen Fällen der weitergehenden politischen Agenda von Annexion und Vertreibung. Wenn die israelische Regierung wirklich gewillt wäre, diese Gewalt zu stoppen, könnte sie dies sofort tun. Dass sie es nicht tut, ist bereits aufschlussreich.

Es stellt sich daher die Frage, warum Israel weiterhin auf diese Weise handeln kann. Die Antwort ist schmerzlich klar: Es gibt keine wirksamen roten Linien mehr. Israel weiß sehr genau, dass es faktisch als ein Staat über dem internationalen Recht agiert und handelt mit einem Selbstvertrauen, das aus außerordentlichem politischem, militärischem und diplomatischem Schutz erwächst — auch



durch europäische Staaten, darunter Deutschland. Nach der Verwüstung in Gaza, die von vielen Wissenschaftlern, Menschenrechtsorganisationen und palästinensischen Stimmen als Völkermord bezeichnet wird, hat Israel registriert, dass es internationales Recht und Menschenrechte mit geringen Konsequenzen verletzen kann. Diese Straflosigkeit hat weitere Gewalt im

Westjordanland befeuert. Palästinenser leben heute mit dem Bewusstsein, dass es kaum Grenzen dafür gibt, was ihnen ohne Rechenschaft angetan werden kann.

Was in Palästina geschieht, sollte nicht nur Palästinenser oder Menschen bewegen, die sich für Frieden im Heiligen Land einsetzen, sondern jeden, der an Menschenrechte und internationales Recht glaubt. Nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs versuchte die Menschheit, ein globales System zu schaffen, das Zivilisten schützt, staatliche Gewalt begrenzt und die universelle Menschenwürde wahrt. Heute jedoch erleben Palästinenser, wie diese Prinzipien vor ihren Augen zusammenbrechen. Wenn internationales Recht in Palästina nichts gilt, gilt es letztlich nirgendwo. Werden Menschenrechte selektiv angewendet, sind sie keine Rechte mehr.

Eine weitere verstörende Dimension zeigt sich in der Geschichte aus Birzeit: Nachdem israelische Soldaten das Viertel nach dem Sohn durchsuchten, der seine Mutter verteidigt hatte, bemerkte einer der Siedler Berichten zufolge, dass es sich um ein christliches Viertel handelte. Er wandte sich an eine junge palästinensische Christin und sagte: »Warum seid

ihr hier? Ihr solltet nach Frankreich gehen, wo Christen leben.« Dann fügte er hinzu: »Habt ihr die Bibel nicht gelesen? Gott hat uns dieses Land gegeben.« Dies ist radikaler, nationalreligiöser Zionismus in seiner offensten Form.

Gerade deshalb muss dieses Thema auch Christen in Deutschland und ganz Europa zutiefst betreffen. Palästinenserinnen und Palästinenser verlieren ihre Rechte nicht nur durch militärische Besatzung und Siedlergewalt; sehr häufig wird ihre Enteignung im Namen Gottes und der Bibel gerechtfertigt. Viele Christen lehnen Gewalt gegen Palästinenser ab, akzeptieren jedoch zugleich ein theologisches Deutungsmodell, das dem modernen Staat Israel ein exklusives göttliches Eigentumsrecht an dem Land zuschreibt. Genau diese Logik ermöglicht es dem Siedlerextremismus zu gedeihen: Die Gewalt mag schockieren, doch die dahinterstehende Ideologie ist oft bereits akzeptiert.

Wie viele Christen empören sich mehr über die Verwendung von Begriffen wie Völkermord, ethnische Säuberung oder Apartheid als über die Realitäten, die diese Worte zu beschreiben versuchen? Wie viele sind stärker darüber verstört, dass ein Verbrechen benannt wird, als über das Verbrechen selbst? Das ist der eigentliche Skandal. Als Christen ruft uns die Bibel dazu auf, »den Mund für das Recht aller Schwachen aufzutun« und »den Armen und Bedürftigen Recht zu verschaffen« (Sprüche 31,8–9) sowie den »Beraubten aus der Hand des Unterdrückers zu befreien« (Jeremia 22,3). Mögen wir den Mut haben, die Wahrheit auszusprechen und gerecht zu handeln.

Dr. Munther Isaac

ist Pfarrer der ELCJHL in Ramallah.



Die Zerbrechlichkeit der Würde

Gedanken eines Geistlichen über das Leben in Jerusalem



Der anglikanische Priester Donald Binder schildert, wie in Jerusalem die menschliche Würde von Christen, Palästinensern und Muslimen bedroht wird. Seine Kirche antwortet darauf mit klaren Stellungnahmen, karitativer Arbeit, Bildung und gelebter Solidarität.

Von **Donald Binder**

Jerusalem ist eine Stadt der Schichten – historisch, archäologisch und theologisch. Doch für diejenigen von uns, die im palästinensisch geprägten Ostjerusalem leben, ist die derzeit spürbarste Schicht eine aus schwerem, beklemmendem und allgegenwärtigem Druck.

Als amerikanischer anglikanischer Priester, der hier dient, be-
weege ich mich oft auf einem schmalen Grat zwischen zwei Welten:
den heiligen Stätten des Glaubens und der rauen, oft zutiefst
erschütternden Realität der verfolgten »lebendigen Steine« – der
lokalen christlichen, muslimischen und palästinensischen Gemein-
schaften, die dieses Land seit Jahrtausenden ihre Heimat nennen.

In meinen sozialen Medien und insbesondere in meinem kürz-
lich gestarteten Blog »The Emmaus Road Project« reflektiere ich



Die St.-Georgs-Kathedrale in Jerusalem ist Sitz des anglikanischen Erzbischofs

Die **Episkopalkirche von Jerusalem und dem Nahen Osten** gehört zur Anglikanischen Kirchengemeinschaft. Ihre Wurzeln liegen in missionarischen Aktivitäten der Church Mission Society im frühen 19. Jahrhundert. Kirchliche Strukturen bauten die Anglikaner in Kooperation mit der Evangelischen Kirche in Preußen auf. 1841 wurde ein gemeinsames Bistum in Jerusalem gegründet, das bis 1887 bestand und danach in eine rein anglikanische Diözese überführt wurde. Einheimische Christen tragen seit 1905 in dem Palästinensischen Kirchenrat Verantwortung für die Kirche. Im 20. Jahrhundert wurden auch zunehmend Palästinenser zu Geistlichen. Heute besteht die Kirche aus drei Diözesen im Nahen Osten und im Iran, denen ein Primas vorsteht; seit 2023 Dr. Hosam E. Naoum, der Jerusalemer Erzbischof.

häufig über den Weg hin zu Klarheit und Erkenntnis. Auf dem Weg nach Emmaus veränderte die Erkenntnis des auferstandenen Herrn alles (Lk 24,13–35). Heute, im Schatten der Heiligen Stadt, ist die dringendste Krise, der wir gegenüberstehen, eine Krise der Anerkennung – konkret das Versagen, die uns allen innewohnende menschliche Würde, das Antlitz Christi, in unseren Nächsten zu erkennen (Mt 25,31–46).

Ein »scharfer Beobachter« im heutigen Jerusalem zu sein bedeutet, den schleichenden, strukturellen Abbau menschlicher Würde durch eine Architektur der Herabwürdigung mitzuerleben. Würde ist nicht nur ein inneres Empfinden; sie ist ein sozialer und moralischer Vertrag.

Wenn eine palästinensische Familie, die seit Generationen in dieser Stadt lebt, ständig von der Vertreibung aus ihrem Zuhause bedroht ist, wird ihre Würde verletzt. Wenn ein christlicher Geistlicher auf dem Weg zur Grabeskirche angespuckt wird – ein Phänomen, das tragischerweise an Häufigkeit gewonnen hat –, wird Würde verhöhnt. Wenn einem Muslim während des Ramadan der Zugang zum

Haram asch-Scharif für das Freitagsgebet verwehrt wird, während jüdische Siedler gleichzeitig in großer Zahl auf demselben heiligen Gelände marschieren dürfen und aggressiv israelische Fahnen schwenken, wird Würde offen mit Füßen getreten.

Dies sind nicht bloß vereinzelte Vorfälle »schlechten Benehmens«. Sie sind das Ergebnis eines Systems, das Menschen zunehmend in eine Hierarchie von Privilegien und Zugangsrechten einteilt. Ob es sich um die Ungleichheit kommunaler Dienstleistungen zwischen Ost- und Westjerusalem handelt oder um die entmenslichende Erfahrung an den Checkpoints – die Botschaft an die Marginalisierten ist eindeutig: Eure Anwesenheit ist ein Problem, das verwaltet werden muss, nicht ein Leben von gleichem Wert, das gefeiert wird.

Inmitten dieses strukturellen Drucks bietet die Jerusalemer Diözese in den fünf Ländern, in denen sie tätig ist – Palästina, Israel, Jordanien, Libanon und Syrien – ein kraftvolles Gegen-Narrativ, das die Menschenwürde in den Mittelpunkt stellt. Unter der visionären Führung unseres anglikanischen Erzbischofs, des Hochwürdigsten Dr. Hosam E. Naoum, ist unser

Dienst nicht auf die Mauern der Kirchen beschränkt.

Es ist eine gelebte Theologie, die sich sichtbar und konkret durch unsere 28 Gemeinden, unsere diözesanen Programme für Frauen und Jugendliche sowie unsere 35 karitativen Einrichtungen entfaltet. Wo die Welt nur Konflikt sieht, sieht die Diözese zuerst den Menschen.

Von der lebensrettenden Arbeit unserer Krankenhäuser und Kliniken bis hin zu unseren Rehabilitationszentren, die Menschen mit Behinderungen neue Hoffnung geben, bezeugen wir eine Würde, die sich nicht auslöschen lässt. Unsere Schulen erziehen die nächste Generation zu den Werten von Frieden, Gerechtigkeit und gegenseitigem Respekt und bieten einen geschützten Lernraum in einer Region, die oft von Barrieren geprägt ist. In diesen Räumen werden Patienten, Schüler und Gemeindemitglieder nicht als Statistiken oder potenzielle Sicherheitsrisiken behandelt, sondern als Kinder Gottes.

Seit den Eskalationen des vergangenen Jahres hat sich die Atmosphäre von angespannt zu »unerträglich« gewandelt. Die Würde ist kontinuierlich unter Beschuss. Für die christliche Gemeinschaft, die in diesem Land ohnehin nur eine »kleine Herde« ist, ist der Druck nicht nur spürbar, sondern existenziell.

Wir erleben eine schleichende Verdrängung, die droht, unsere heiligen Stätten in leere Museen zu verwandeln – ohne jene Menschen, die den Glauben hier seit dem ersten christlichen Pfingsten lebendig gehalten haben. Die anglikanische Antwort, in enger Partnerschaft mit der ELCJHL und Bischof Imad Haddad, konzentriert sich auf eine dienende Präsenz.

Wir glauben, dass Würde dort wiederhergestellt wird, wo wir uns soli-

darisch an die Seite derer stellen, die an den Rand gedrängt werden. Sie wird wiederhergestellt, wenn wir Unrecht klar, öffentlich und unmissverständlich benennen und uns weigern, »entwürdigendes Verhalten« als normal hinzunehmen.

Sich für menschliche Würde im Heiligen Land einzusetzen, ist keine politische Position, sondern ein theologischer Imperativ. Es ist der Glaube, dass ein palästinensisches Kind in Gaza oder im Westjordanland genau denselben innewohnenden Wert besitzt wie ein Kind in Westjerusalem oder im (ehemaligen) Westberlin.

Würde ist zerbrechlich, aber sie ist zugleich widerstandsfähig. Ich sehe sie in der Beharrlichkeit des Krankenhauspersonals unserer Diözese in Gaza und Nablus, in der Standhaftigkeit unserer Gemeinden im Westjordanland und im bedrängten Beirut sowie im stillen Mut jener in unserer gesamten Diözese, die sich weigern zu hassen, obwohl sie gehasst werden.

Am Ende, jenseits der Schatten, muss der Weg zum Frieden mit Würde gepflastert sein. Ohne sie bauen wir lediglich auf Sand statt auf den Felsen unseres Herrn Jesus Christus (Mt 7,24–27), dessen rettende Gnade uns stärkt und befähigt, sein Werk in einer zerbrochenen und sündigen Welt fortzusetzen – einer Welt mit Milliarden von Menschen, deren Würde noch immer dringend seiner göttlichen Heilung und Erlösung bedarf.

The Rev'd Canon Donald D. Binder, PhD

ist seit 2018 Kaplan des Anglikanischen Erzbischofs in Jerusalem. Sein Blog: mausroadproject.substack.com



Gewalt schafft keinen Frieden

Über Krieg, verlorene Sicherheit und die Kraft menschlich zu bleiben

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren«, heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Sumaya Farhat-Naser beschreibt, wie diese menschliche Würde in Palästina täglich verletzt wird – etwa, wenn Häftlinge in Gefängnissen gefoltert werden, Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, ihres Eigentums beraubt oder gewaltsam vertrieben werden. Zugleich ermutigt sie in ihrer Arbeit mit Jugendlichen und Frauen dazu, aktiv zu bleiben und Hoffnung zu bewahren.

Von **Sumaya Farhat-Naser**

Ja, die Situation in Palästina ist beängstigend. Gerade deshalb darf sie nicht beschönigt werden. In unserer Region herrscht weiterhin Krieg. Die derzeitigen Waffenstillstände haben noch keinen Frieden gebracht. Unser Volk wird durch

die Zerstörung seiner Existenzgrundlagen und durch den Raub von Grund und Boden zersplittert. Die Missachtung von Gerechtigkeit führt zu einem Rückfall in unmoralische Strukturen und verschärft die Gewaltspirale. Menschenrechtsverletzungen

werden international weitgehend ohne angemessene Reaktion hingenommen.

Die Zerstörung Gazas, die Vertreibung von Zivilisten und die Blockade lebenswichtiger Ressourcen gehen weiter; auch im Libanon gibt es massive Verwüstungen. Die Mächtigen verkünden, sie wollten mit Gewalt Frieden schaffen. Im Gazakrieg wurden mehr als 72.000 Menschen getötet, über 172.000 verletzt, viele gelten als vermisst. Die gesamte Infrastruktur ist zerstört oder schwer beschädigt worden: Wohnungen, Wasser- und Elektrizitätswerke, Universitäten, Krankenhäuser und Schulen. Mehr als die Hälfte des Gazastreifens – der östliche Teil – steht unter israelischer Militärbesatzung, und alle Menschen wurden von dort vertrieben. Nun müssen die Menschen wie im Ameisenhaufen, unter extrem beengten und menschenunwürdigen Bedingungen leben. Hunger und Krankheiten breiten sich aus. Die Transporte von Lebensmitteln und Medikamenten nach Gaza werden weiterhin stark eingeschränkt. Die im Rahmen von Präsident Trumps Friedensplan eingesetzte palästinensische Übergangsverwaltung kann sich nur sehr schleppend etablieren. Wie soll unter diesen Bedingungen ein Wiederaufbau gelingen?

Auch in der Westbank werden Häuser und Infrastruktur zerstört, Vertreibung und Landraub sind alltäglich geworden. Israel kontrolliert bereits rund 83 Prozent des Landes (Area B und C). Die Regierung betreibt eine schleichende Annexionspolitik. Ein neues Gesetz ermöglicht es, Land in der Westbank als israelisches Staatseigentum registrieren zu lassen und damit zu annektieren.

Die Westbank wird zunehmend fragmentiert. Mehr als 920 Checkpoints und Straßensperren machen das Leben durch massive Bewegungseinschränkungen

und Kontrollen zur Qual. Tägliche Angst um die Sicherheit der Kinder, versperrte Schulwege, Isolation und Unsicherheit prägen den Alltag vieler Familien.

Von Vertreibungen besonders hart betroffen sind Nomaden, Hirten und Beduinen. In den traditionell von ihnen bewirtschafteten Gebieten zwischen Wüste und fruchtbarem Land werden Zäune errichtet und Weideflächen besetzt. Insgesamt wurden in den letzten 16 Monaten fast 40.000 Menschen in der Westbank vertrieben, die meisten infolge von Militäreinsätzen in den Flüchtlingslagern von Jenin und Tulkarm.

In der Westbank entsteht eine Rekordzahl neuer Siedlungen sowie zahlreicher Außenposten auf geraubtem Land. Die derzeitige israelische Regierung hat in den letzten drei Jahren 69 Siedlungen genehmigt. Seit 2023 ist die Gewalt durch Siedler stark angestiegen. Sie wird zunehmend von organisierten, paramilitärischen Gruppen ausgeübt, bekannt als die »Hilltop Youth«. Schwer bewaffnet zerstören sie Häuser, verbrennen Felder, entwurzeln Bäume und vertreiben die



S. 14/oben: Nach der Verwüstung Gazas leben die Menschen in überfüllten Flüchtlingslagern oder beschädigten Häusern. Ein Großteil ist auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen.



Oben: In Masafer Yatta, im südlichen Westjordanland, führt die israelische Militärverwaltung häufig Hauszerstörungen durch und baut einen starken Vertreibungsdruck auf.

© WCC-EAPPI/Miriam

Rechts: Mehr als 920 Checkpoints und Straßensperren schränken in der Westbank die Bewegungsfreiheit massiv ein.

Bevölkerung – meist unter Schutz des Militärs. Bauern werden gezielt angegriffen und bedroht, um sie von der Bewirtschaftung ihres Landes abzuhalten. Tiere werden vertrieben oder geraubt. Selbst das Pflügen des eigenen Landes ist lebensgefährlich geworden. Mein Mann versucht seit vier Tagen, unseren Olivenhain zu pflügen. Die Siedler haben auf ihn und zwei Landarbeiter geschossen.

Täglich werden Städte und Dörfer in der Westbank auch vom Militär überfallen. Häuser, Straßen sowie Wasser- und Abwassersysteme werden mit Bulldozern zerstört. Im Jahr 2025 wurden mehr als 1.600 Gebäude dem Erdboden gleichgemacht. Besonders bedrückend ist die Situation im Jordantal und südlich von Hebron, wo ganze Dörfer zerstört und ihre Bewohner vertrieben werden. Es geschieht so viel Unrecht und Unmenschliches, dass es schmerzt, darüber zu berichten. Wasserquellen und Ländereien



werden beschlagnahmt, den Einheimischen wird verboten, ihr eigenes Land zu bewirtschaften. Wer sich widersetzt, wird verhaftet und als Terrorist beschuldigt. Bei vielen Militäreinsätzen wird massive Gewalt angewendet, auch Schusswaffen kommen zum Einsatz, immer wieder mit tödlichen Folgen. Die Welt schaut zu – und normalisiert damit das Unrecht.

Nach der Verhaftung setzt sich die Gewalt in israelischen Gefangenenlagern und Gefängnissen fort. Mehr als 9.100 Palästinenser sind inhaftiert, viele von ihnen ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Administrativhaft. Die Gefangenen leiden unter unmenschlichen Bedingungen. Folter, Aushungern und auch sexuelle Gewalt zeigen, wie sehr die Menschenwürde hier ausgehöhlt wird. Mindestens 94 Palästinenser starben in der Haft. Die meisten Leichname werden nicht übergeben. Insgesamt hält Israel die sterblichen Überreste von etwa 700 Palästinensern zurück; die Angehörigen warten verzweifelt auf eine würdige Beisetzung.

Die wirtschaftliche Lage verschärft das Leid zusätzlich. Über 160.000 Palästinenser hatten eine Arbeitsgenehmigung für Israel; fast alle haben ihre Arbeit verloren, weil sie die Grenze nicht mehr passieren dürfen. Viele Familien verarmen, manche hungern. Israel hält Einnahmen

Die Autorin Sumaya Farhat-Naser unternimmt regelmäßig Vortragsreisen im deutschsprachigen Raum. Einen Bericht dazu finden Sie auf Seite 29.

aus Zöllen und Steuern, die es für die Autonomiebehörde erhebt, zurück. Dadurch können die Gehälter im öffentlichen Dienst nicht vollständig ausgezahlt werden. Beamte arbeiten nur noch an drei Tagen pro Woche, Schulen und Behörden sind stark eingeschränkt. Diese gezielte wirtschaftliche Schwächung führt zu Not, Armut und sozialem Zerfall. Viele Familien werden zur Abwanderung gedrängt – eine subtile Form der Vertreibung.

In Palästina und Israel leben rund 180.000 palästinensische Christen, weniger als zwei Prozent der Gesamtbevölkerung. Vor 50 Jahren waren es noch 25 Prozent. Gleichzeitig nimmt der Anteil an zugewanderten, zionistische Christen zu. Sie propagieren, allein die Christen des Heiligen Landes zu sein, und erklären die israelische Politik zum Teil des christlichen Glaubens. Parallel dazu gibt es Versuche, über die israelische Steuerpolitik die traditionellen einheimischen Kirchen zu schwächen. Seit dem Osmanischen Reich gilt ein Abkommen, wonach religiöse Institutionen steuerbefreit sind. In den letzten Jahren wurden Kirchen jedoch wiederholt zur Zahlung von Grundsteuern aufgefordert. Im vergangenen Jahr wurden sogar die Bankkonten der griechisch-orthodoxen Kirche eingefroren um den Steuerbescheiden Nachdruck zu verleihen. Wird diese Politik weiterverfolgt, droht den betroffenen Kirchen eine Finanznot. Gehälter könnten nicht mehr bezahlt werden, Kircheneigentum bis hin zu Heiligen Stätten müssten verkauft werden. Die einheimischen Christen würden nicht nur ihre geistliche Heimat sowie einen sozialen Schutz verlieren, sondern auch rechtlich geschwächt werden, da über Familienrecht kirchliche Gerichte entscheiden.

Meine Arbeit mit Jugendlichen in Schulen und mit Frauengruppen geht trotz Straßensperren und Gefahren wei-



Die Kirchen geben den palästinensischen Christinnen und Christen Halt. Über die israelische Steuerpolitik werden sie aber geschwächt.

ter. Wir stärken uns gegenseitig, achten auf unsere psychische Gesundheit und befähigen uns, füreinander da zu sein. Wir fragen, wie wir mit Kindern über Krieg sprechen können und wie wir mit Traurigkeit, Wut und Angst umgehen. Wir richten den Blick auf Natur sowie kulturelle und soziale Aktivitäten. Wir bleiben im Glauben verwurzelt, aktiv und hoffnungsvoll.

Niemals kann Krieg Probleme lösen oder Sicherheit und Frieden bringen. Niemals kann man mit Gewalt Frieden schaffen. Wir lassen uns nicht beirren. Wir glauben an bessere Zeiten. Diese Überzeugung prägt unsere Friedens- und Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Frauen. Wir machen uns gegenseitig Mut und bleiben aktiv – denn nur so können wir überleben und Veränderung bewirken. Hoffnung ist die Kraft, die uns befähigt, an eine bessere Zukunft zu glauben und für sie zu arbeiten. Sie lässt uns menschlich sein – und bleiben.

Sumaya Farhat-Naser

ist Buchautorin und Friedensaktivistin.



Cour
Pénale
Internationale

International
Criminal
Court

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat einen Haftbefehl gegen den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu ausgestellt. Er ermittelt auch gegen weitere Regierungsmitglieder.

Israel und Palästina aus Sicht der internationalen Gerichtsbarkeit

Eine Bestandsaufnahme der völkerrechtlichen Verfahren

Die Situation in Israel, Palästina und insbesondere im Gazastreifen bestimmt seit dem Hamas-Überfall vor über zweieinhalb Jahren zunehmend die mediale Berichterstattung. Sie hat zu zahlreichen hitzigen Debatten geführt, teilweise neue, teilweise wieder aufkommende. Diese machen auch vor der Sphäre des Rechts, genauer des Völkerrechts, nicht Halt. Die internationale Gerichtsbarkeit ist wiederkehrender Schauplatz dieser Diskussionen und muss sich auf verschiedensten Wegen mit der Thematik auseinandersetzen. Der Beitrag soll einen kurzen Überblick über den aktuellen Stand der noch laufenden und bereits abgeschlossenen Verfahren schaffen.

Von **Nils Ossenkopp**

Aktuell finden vor der internationalen Gerichtsbarkeit mehrere Verfahren zu Israel und Palästina statt – vor zwei verschiedenen Gerichten. Einige sind bereits abgeschlossen. Im Folgenden werden vier Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) sowie die anstehenden Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) vorgestellt.

Während es bei den Verfahren vor dem IStGH um die individuelle, völkerstrafrechtliche Verantwortlichkeit von Einzelpersonen geht, befasst sich der IGH mit Streitfällen zwischenstaatlicher Natur. Letztere gilt es zu unterscheiden: Zwei der in diesem Beitrag betrachteten Verfahren sind kontradiktorische Verfahren zwischen zwei sich streitenden Staaten, bei denen das ergehende Urteil die Parteien bindet. Die anderen beiden sind Gut-

achtenverfahren, in denen der IGH eine Rechtsfrage, meist durch die Generalversammlung oder den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gestellt, beantwortet. Er wird insoweit „rechtsberatend“ tätig. Das finale Gutachten entfaltet jedoch keine formale rechtliche Bindungswirkung.

Zunächst zu den beiden bereits abgeschlossenen Gutachtenverfahren vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag: Im Verfahren „Legal Consequences arising from the Policies and Practices of Israel in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem“ musste sich der IGH hauptsächlich mit der Frage auseinandersetzen, welche rechtlichen Konsequenzen sich aus der seit 1967 bestehenden Situation ergeben, mit der illegalen Besetzung, rechtswidriger Annexion und Siedlungspolitik sowie den andauernden Verstößen gegen das Selbst-



In einem Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag wirft Nicaragua Deutschland vor, durch seine Unterstützung Israels gegen völkerrechtliche Pflichten zu verstoßen.



bestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. In seinem Gutachten kam der IGH zu einer eindeutigen Rechtsauffassung: Israel muss alle oben genannten illegalen Aktivitäten beenden und Reparationen für die in den palästinensischen Gebieten entstandenen Schäden leisten. Zudem besteht für alle Staaten die Verpflichtung, den dortigen Zustand nicht als rechtmäßig anzuerkennen und keine Hilfe an Israel zu leisten, die der Aufrechterhaltung dieses Zustands dienen könnte.

Im zweiten mittlerweile abgeschlossenen Gutachtenverfahren stellte die Generalversammlung mit ihrer Resolution 79/232 dem IGH eine Frage: Welche Verpflichtungen hat Israel als Besatzungsmacht und Mitglied der UN in Bezug auf die Gewährleistung und Erleichterung der Versorgung Palästinas mit Hilfsgütern durch UN-Institutionen, NGOs und Drittstaaten. Dieses Verfahren wird oft als „UNRWA-Gutachten“ bezeichnet, wegen der zugrunde liegenden Kontroversen rund um die vermeintlich mangelnde Neutralität des UN-Hilfswerks und dessen mutmaßliche Unterwanderung durch

die Hamas. Es war von großer Einigkeit auf der Richterbank geprägt. Jede der Rechtsauffassungen hat das Gericht mit einem Stimmverhältnis von zehn zu eins oder gar einstimmig gefällt. Zusammenfassend hat der Gerichtshof festgestellt, dass Israel verpflichtet ist, die humanitäre Hilfsarbeit der UNRWA und anderer Organisationen nicht zu behindern, sondern zu erleichtern, da dies die einzige praktikable Möglichkeit für Israel ist, seinen Verpflichtungen als Besatzungsmacht nachzukommen.

Bei den kontradiktorischen Verfahren, die sich beide im Bereich der Völkermordkonvention abspielen, zeichnet sich im Israel direkt betreffenden Verfahren ein ähnliches Bild zulasten des Staates ab. Dort wirft Südafrika Israel vor, seit 2023 einen Völkermord an dem palästinensischen Volk in Gaza zu verüben. Aufgrund der beim IGH üblichen langen Verfahrensdauer – bedingt durch Umfang und Komplexität der Sachverhalte – ist in diesem Fall noch kein Urteil gesprochen worden. Allerdings hat das Gericht bereits drei vorsorgliche Maßnahmen angeordnet, die

rechtsverbindlich sind und dazu dienen, den Status quo zu wahren und irreparable Schäden zu verhindern. Inhaltlich wird Israel durch die vorsorglichen Maßnahmen (unter anderem) dazu verpflichtet, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um einen Völkermord am palästinensischen Volk und die humanitäre Katastrophe in Gaza durch das Zulassen von humanitärer Hilfe zu verhindern.

Das zweite Verfahren zwischen Nicaragua und Deutschland weist an vielen Stellen Parallelen zu dem zwischen Südafrika und Israel auf. Auch hier geht es um die Verletzung von Pflichten aus der Völkermordkonvention, diesmal durch Deutschland. Bisher sind ebenfalls nur vorsorgliche Maßnahmen ergangen und das Urteil in der Hauptsache steht noch aus. Der große Unterschied liegt in der Blickrichtung des Verfahrens: Nicaragua wirft Deutschland vor, dass es durch die Gewährung politischer, finanzieller und militärischer Unterstützung für Israel die Begehung von Völkermord begünstigt und dadurch gegen seine völkerrechtlichen Pflichten verstößt. Anders als im obigen Verfahren lehnte es der IGH hier aber ab, die durch Nicaragua angestrebte Einstellung jeglicher (militärischer) Unterstützung Deutschlands an Israel anzuordnen. Begründet wurde dies vor allem mit dem tatsächlich stark zurückgegangenen Umfang von Material- und Waffenlieferungen. Er nahm von knapp 200 Millionen Euro im November 2023 auf eine Million Euro im März 2024 ab – zum Stand der Veröffentlichung der Entscheidung am 30. April 2024.

Zuletzt betrachten wir die durch den Internationalen Strafgerichtshof ausgestellten Haftbefehle. Der IStGH hat seinen Sitz ebenfalls in Den Haag. Die Haftbefehle betreffen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und Joav

Galant, der bis November 2024 Verteidigungsminister war. In naher Zukunft könnten noch weitere Haftbefehle hinzukommen: für Finanzminister Bezalel Smotrich, Itamar Ben-Gvir, Minister für Nationale Sicherheit, und Orit Malka Strock, Ministerin für Siedlungen und Nationale Missionen. Die bestehenden Haftbefehle wurden bis jetzt noch nicht vollstreckt. Dies kann der IStGH auch nicht alleine, vielmehr ist er dazu auf die 125 Vertragsparteien zum Römischen Statut des IStGH angewiesen, die über Artikel 86 zur Zusammenarbeit bei den Ermittlungen und der Strafverfolgung des Gerichtshofs verpflichtet sind. Diese Pflicht erstreckt sich gemäß Artikel 89 auch darauf einem Ersuchen um Festnahme und Überstellung einer Person, die sich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhält, nachzukommen. Sobald einer der per Haftbefehl gesuchten Politiker also das Territorium einer der Vertragsparteien betritt, steht diese in der Pflicht, die Person festzunehmen und dem IStGH zum Zwecke des Prozesses zu überführen. Das teilweise angeführte Argument, zumindest Netanjahu würde als Staatsoberhaupt Israels vor dem IStGH Immunität genießen, greift dabei nicht: Eine solche Immunität wurde im Völkerrecht nie als Hindernis für die Zuständigkeit eines internationalen Strafgerichts anerkannt.

Nils Ossenkopp

promoviert an der Universität Hannover im Völkerrecht.



Zwischen Würde und Wunden

Christsein unter Druck in Taybeh

Taybeh gilt als das einzige Dorf im Westjordanland, dessen Einwohner sich alle zum Christentum bekennen. Im letzten Sommer drangen gewaltbereite Siedler in Taybeh ein, warfen Steine auf Häuser, zündeten drei Autos an und versuchten, ein Haus in Brand zu setzen. Sie hinterließen Drohbotschaften an Hauswänden. Einige Tage zuvor hatten die Siedler in der Nähe der Kirchenruine St. Georg wiederholt Feuer gelegt. Die Angriffe richteten sich bewusst gegen die christliche Identität der Einwohner und deren religiöses Erbe. Bashar Fawadleh, katholischer Pfarrer in Taybeh, blickt auf diese dunklen Tage zurück.

➤ Jesus bewegte sich daher nicht mehr offen unter den Juden, sondern ging von dort in eine Gegend nahe der Wüste, in eine Stadt namens Ephraim; und dort blieb er mit seinen Jüngern.« (Johannes 11,54) Im Evangelium erscheint Ephraim als Ort des Rückzugs, der Stille, der Gegenwart angesichts dessen, was kommen wird.

Heute identifizieren viele dieses Ephraim mit unserem Dorf – Taybeh. Ein Ort, an dem einst Stille herrschte, trägt

nun die Last der Ungewissheit. Und doch trägt er vielleicht noch etwas anderes in sich: Gegenwartigkeit. Ich diene hier als Pastor. Aber mehr noch bin ich ein Zeuge – einer Realität, in der der Glaube keine abstrakte Idee mehr ist, sondern ein Weg, zu überleben, ohne seine Seele zu verlieren.

Als der Angriff im Sommer 2025 Taybeh erreichte und die ersten beiden Autos in Brand gesetzt wurden, brach etwas in mir. Ich empfand tiefe Trauer. Eine

Bei der Kirchenruine St. Georg in Taybeh verübten radikale Siedler wiederholt Brandanschläge.

schwere, überwältigende Angst. Es war nicht nur der Anblick der Zerstörung – es war die Erkenntnis, wie zerbrechlich das Leben geworden war, und doch geschah in genau diesem Moment etwas Unerwartetes.

Inmitten der Angst spürte ich ein unbestreitbares Gefühl von Gottes Gegenwart unter uns. Nicht fern. Nicht still. Sondern gegenwärtig – tief, fast schmerzhaft gegenwärtig. Ich wurde auf neue Weise davon überzeugt, dass Gott nicht außerhalb des menschlichen Leidens bleibt. Er tritt hinein. Gott wird auch jetzt noch immer wieder Fleisch – in der Härte unseres Lebens, in den Wunden, die wir tragen, und in dem zerbrechlichen Mut, der uns aufrecht stehen lässt.

Würde ist keine Idee – sie ist tägliche Praxis. In Europa wird Würde oft als ein Recht oder ein philosophisches Prinzip verstanden. Hier ist sie eine tägliche Entscheidung. Trotz Angst aufzuwachen. Den Nachbarn trotz Unsicherheit zu grüßen. Zu beten – nicht weil das Leben einfach ist, sondern weil es das nicht ist. Würde ist hier kein Konzept. Sie ist eine Form des stillen Widerstands.

Glaube ist in unserer Realität keine Flucht. Er ist ein Weg, menschlich zu bleiben. In jedem Gebet halten wir an einer Wahrheit fest, dass das Ebenbild Gottes im Menschen nicht ausgelöscht werden kann. Keine

Gewalt kann es rückgängig machen. Keine Angst kann es vollständig zum Schweigen bringen.

Sogar Freude ist hier. An dieser Stelle von Freude zu sprechen, mag fast unangebracht erscheinen. Aber Freude ist nicht naiv – sie ist trotzig. Wenn wir das Leben feiern, auch bruchteilhaft, sagen wir damit, dass das Leiden nicht das letzte Wort haben wird.

Ein Wort an DICH: Was hier geschieht, mag weit weg erscheinen. Doch die Frage, die es aufwirft, betrifft uns alle: Was erhält die Menschenwürde, wenn alles um sie herum erschüttert ist? Vielleicht sind deine Sorgen andere. Doch die Antwort ist dieselbe. Würde kommt nicht aus Stärke oder Kontrolle – sondern aus der Anerkennung der Heiligkeit jedes menschlichen Lebens.

Unsere Hoffnung bleibt. Wir leugnen die Realität nicht. Aber wir geben ihr auch nicht nach. Wir leben in einer Hoffnung, die beharrlich ist – einer Hoffnung, die darauf besteht, dass Gott auch an verwundeten Orten gegenwärtig ist. Eine Hoffnung, dass Würde nicht durch Umstände gegeben ist, sondern in etwas Tieferem verwurzelt ist. Vielleicht hängt die Zukunft der Würde – hier wie auch in Europa – davon ab, ob wir noch daran glauben, dass jedes menschliche Leben schützenswert ist.

Pater Bashar Fawadleh

ist Priester des Lateinischen Patriarchats von Jerusalem in der Pfarrei Taybeh.





Menschenwürde und diakonische Arbeit in Palästina

»Wir arbeiten nicht einfach Programme ab«

Es gibt Menschen, die nach Hilfe fragen, und Menschen, die eigentlich nur noch nach einem sicheren Ort suchen. Nach jemandem, der zuhört, ohne zu urteilen. Nach einer Tür, die sich öffnet, ohne dass sie ihre Würde an der Schwelle zurücklassen müssen. Rana Zeidan begegnet solchen Menschen jeden Tag.

Von **Saher Youssef**

Die ordinierte Diakonin Rana Zeidan von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL) lebt in Beit Jala bei Bethlehem. Dort leitet sie die diakonische Arbeit der Kirche und begegnet seit vielen Jahren Familien, Kindern, Kranken sowie Menschen in prekären Lebenssituationen. Ihr fachlicher Hintergrund liegt in der Psychologie, der Sozialarbeit und der pädagogischen Betreuung, doch wenn sie über ihre tägliche Aufgabe spricht, klingt es weniger nach einem klassischen Beruf als

vielmehr nach einer tief empfundenen, existenziellen Verantwortung.

Die Menschen, die zu ihr kommen, tragen oft weit mehr als nur finanzielle Sorgen mit sich. Viele kämpfen gleichzeitig mit Krankheit, Arbeitslosigkeit, steigenden Mieten oder der Angst, ihre Kinder nicht mehr versorgen zu können. Andere haben längst aufgehört zu hoffen, dass sich ihre Situation noch verändern könnte. »Wir arbeiten nicht einfach Programme ab«, sagt Rana. »Wir begleiten Menschen Schritt für Schritt.« Genau

Rechts: Rana Zeidan leitet die diakonische Arbeit der ELCJHL. Sie betont: »Wir begegnen Menschen als Brüdern und Schwestern.«

darin sieht sie den Unterschied zwischen reiner Sozialarbeit und gelebter Diakonie. Es gehe nicht darum, Budgets zu verwalten oder Zahlen zu erfüllen, sondern Menschen in ihrer Not ernst zu nehmen.

Der Alltag vieler Familien in der Westbank ist von wachsender Unsicherheit geprägt. Besonders die Region Bethlehem leidet bis heute massiv unter den wirtschaftlichen Spätfolgen der Corona-Pandemie und den wirtschaftlichen Folgen des Gazakriegs. Die Stadt lebt vom Tourismus und von Pilgergruppen. Hotels, kleine Geschäfte, Restaurants und Werkstätten waren für viele Familien die einzige Einkommensquelle. Doch seit Jahren bleiben Besucher aus, Arbeitsplätze verschwinden und immer mehr Familien geraten unter Druck.

Hinzu kommen Straßensperren, wirtschaftliche Isolation und fehlende Perspektiven. Viele Menschen aus der Westbank konnten früher in anderen Gebieten arbeiten und so ihre Familien versorgen. Heute ist vieles davon kaum noch möglich. »Die Menschen verlieren nicht nur Einkommen«, sagt Rana, »sie verlieren Stück für Stück ihre Würde.«

Diese Perspektivlosigkeit führt zu einer schleichenden Auszehrung der Gemeinden: Besonders schmerzhaft ist es für Rana zu sehen, wie viele christliche Familien inzwischen auswandern. Sie gehen nicht, weil sie ihre Heimat verlassen wollen, sondern weil sie für ihre Kinder schlicht Sicherheit und eine Zukunft suchen.

Diese tiefe Verbundenheit mit den Schicksalen hinterlässt Spuren. Beson-



ders schwer fällt es Rana, die Geschichten der Menschen nach Feierabend einfach hinter sich zu lassen. »Es bricht mir das Herz«, sagt sie, »wenn Menschen unser Büro verlassen und ich weiß, dass manche von ihnen kein warmes Zuhause haben, ihre Miete nicht bezahlen können oder nicht wissen, wie sie Essen für ihre Kinder besorgen sollen.« Gerade diese Erfahrungen machen ihre Arbeit zugleich schmerzhaft und unverzichtbar.

Für Rana beginnt Menschenwürde dort, wo ein Mensch nicht erniedrigt wird, wenn er um Hilfe bittet. Besonders wichtig sei deshalb der Schutz der Privatsphäre. Viele Menschen schämen sich dafür, überhaupt Unterstützung zu brauchen. »Der Mensch ist keine Nummer«, sagt sie. »Ich mag das Wort ‚Leistungsempfänger‘ nicht. Wir begegnen Menschen als Brüdern und Schwestern.«

Diese Haltung prägt ihre gesamte Arbeit. Informationen, Geschichten und persönliche Krisen bleiben geschützt. Die Kirche wird für viele Menschen zu einem Ort, an dem sie ohne Angst sprechen können. Gerade in Palästina vertrauen viele Familien den Kirchen mehr als öffentlichen Stellen, weil sie dort nicht das Gefühl haben, beurteilt oder bloßgestellt zu werden. Rana beschreibt die Kirche nicht



Die Diakonie hilft nicht nur mit Lebensmittelgutscheinen und Zuzahlungen zu Medikamenten, sondern bringt auch Menschen zusammen.

als Institution, sondern als Familie. Viele Menschen kämen nicht nur wegen Geld oder Lebensmittelhilfe. Oft bräuchten sie vor allem jemanden, der zuhört.

Trotz all dieser Belastungen erlebt sie immer wieder Momente, die ihr Kraft geben weiterzumachen. Sie erzählt von einer Familie aus Beit Jala, die sie seit zwei Jahren begleitet. Die Familie hat vier Kinder. Eine Tochter leidet seit ihrer Geburt an einer schweren Zerebralparese, ein weiterer Sohn kam viel zu früh zur Welt. Die Mutter trägt die Verantwortung fast allein und kämpft täglich mit Erschöpfung und Sorgen. Durch die Unterstützung der Diakonie konnte für die neunjährige Tochter ein spezieller medizinischer Rollstuhl finanziert werden. Erst dadurch wurde es möglich, dass das Mädchen regelmäßig eine therapeutische Einrichtung besuchen kann. Zusätzlich unterstützt die Kirche die Familie mit Lebensmitteln und grundlegender Versorgung. »Manchmal verändert eine einzige Hilfe das Leben einer ganzen Familie«, sagt Rana.

Besonders bewegt hat sie auch die Geschichte eines Mannes, der dringend eine Operation benötigte. Kurz vor dem Eingriff fehlte plötzlich das notwendige Geld. Verzweifelt kam er in ihr Büro und wusste nicht weiter. Rana traf damals eine

schnelle Entscheidung. Ohne lange zu überlegen, sagte sie ihm: »Geh und mach die Operation. Wir stehen hinter dir.« Es war eine Entscheidung auf reines Vertrauen – denn in diesem Moment wusste das Team selbst noch nicht, wie die Summe jemals aufgebracht werden sollte. Die Kirche konnte schließlich einen großen Teil der Kosten übernehmen. Der Mann wurde operiert und kehrte gesund zu seiner Familie zurück.

»Oft müssen wir Entscheidungen treffen, obwohl wir selbst nicht wissen, wie alles möglich werden soll«, erzählt sie. Dann fügt sie einen Satz hinzu, den viele Menschen im arabischen Raum kennen: »Rabna byeb'at« – Gott schickt es schon.

Ihre Kraft schöpft Rana aus ihrem Glauben. Für sie ist Diakonie keine Nebensache des christlichen Lebens, sondern dessen Kern. Dabei erinnert sie an die Worte Jesu aus dem Matthäusevangelium: »Ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben. Ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben ... Was ihr einem meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.«

In einer Region, die von Krieg, Unsicherheit und wirtschaftlicher Not geprägt ist, versucht Rana Zeidan mit ihrer Arbeit etwas zu bewahren, das für viele Menschen längst bedroht ist: die Würde des Menschen. Das geschieht nicht laut und nicht spektakulär, sondern in leisen Gesprächen, in geschützten Räumen, durch offene Türen und durch Entscheidungen, die im richtigen Moment Mut beweisen.

Saher Youssef

ist ägyptischer Christ und absolviert als Student ein Praktikum im Berliner Missionswerk.

Neues Siedlungsprojekt: Beduinengemeinde und Integrität der Westbank bedroht



Khan al-Ahmar liegt östlich von Jerusalem in einem strategisch wichtigen Gebiet des Westjordanlands. Die Bewohner gehören zu Beduinengemeinschaften, die bereits 1948 vertrieben wurden und sich in den 1960er-Jahren dort niederließen. Seit 1967 verweigern israelische Behörden die Anerkennung des Dorfes sowie Baugenehmigungen.

Am 19. Mai 2026 ordnete Finanzminister Bezalel Smotrich, der auch für den Siedlungsbau im Westjordanland zuständig ist, die Räumung Khan al-Ahmars an. Die israelische NGO Peace Now warnt, dass die Zerstörung des Dorfes bereits innerhalb weniger Wochen erfolgen könnte. Frühere Abrisspläne waren mehrfach durch internationalen Druck ausgesetzt worden. Auch die Deutsche Evangelische Gemeinde an der Erlöserkirche kam mehrmals zu Solidaritätsbesuchen in das Dorf. Die geplante Räumung steht im direkten Zusammenhang mit dem Siedlungsprojekt E1. Dort sollen 3.401 neue Wohneinheiten im Siedlungsblock Ma'ale Adumim entstehen. Ergänzt wird das Vorhaben durch den Bau einer neuen Verkehrsachse, die palästinensischen Verkehr aus dem Gebiet herausleiten soll. Das Projekt würde das Westjordanland faktisch in einen nördlichen und einen

Siedlungsblock Ma'ale Adumim

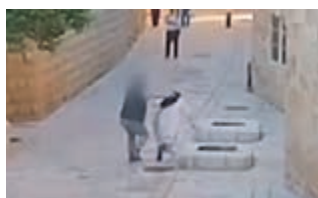
südlichen Teil spalten und Ostjerusalem weiter von seinem palästinensischen Umland abtrennen. Es wäre ein weiteres großes Hindernis für eine Zwei-Staaten-Lösung. In einer gemeinsamen Erklärung haben Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien den geplanten Siedlungsbau scharf kritisiert.

»Das Völkerrecht ist unmissverständlich: Israelische Siedlungen im Westjordanland sind illegal«, betonen die vier Staaten.

Beduinengemeinschaften im C-Gebiet der Westbank, das vollständig von Israel verwaltet wird, gehören auch zu den Hauptleidtragenden der seit 2023 sprunghaft angestiegenen Siedlergewalt. Bewohnerinnen und Bewohner der Dörfer werden bedroht und angegriffen, ihr Eigentum wird zerstört, ihr Vieh gestohlen. Das israelische Militär geht selten dagegen vor, teilweise unterstützen Soldaten die Angriffe der gewaltbereiten Siedler. Dadurch wird im Zusammenspiel mit Abrissbescheiden, Hauszerstörungen und Räumungen durch die israelische Militärverwaltung ein großer Vertreibungsdruck gegen die Beduinengemeinschaften aufgebaut.

HENRIK WEINHOLD

Jerusalem: Brutaler Angriff auf Nonne nahe der Dormitio-Abtei



In der Jerusalemer Altstadt hat ein Mann am 28. April 2026 eine 48-jährige französische Nonne zu Boden gestoßen und getreten. Auf dem Video einer Sicherheitskamera, die den Vorfall auf dem Berg Zion zwischen der Dormitio-Abtei und dem Abendmahlssaal aufzeichnete, ist zu sehen, wie der Mann der Nonne schnell von hinten näherkommt und sie mit voller Wucht zu Boden stößt. Beim Sturz streift der Kopf der Nonne die Betoneinfassung einer Baumscheibe.

Der Mann, der jüdische Kleidung trägt, entfernt sich zunächst einige Schritte, kehrt dann jedoch um, attackiert die Nonne erneut und tritt sie. Während ein Mann mit Kippa dem Geschehen tatenlos zusieht, greift schließlich ein weiterer Passant ein und trennt den Angreifer von der Frau.

Die Nonne, die an der Französischen Biblischen und Archäologischen Schule in Jerusalem forscht, wurde mit Kopfverletzungen in ein Krankenhaus gebracht. Zuvor hatten Mitarbeiter der Dormitio-Abtei Erste Hilfe geleistet und einen Krankenwagen gerufen.

Der 36-jährige Tatverdächtige wurde festgenommen. Das israelische Außenministerium

sprach von einer »schändlichen Tat« und betonte, Israel gehe konsequent gegen Gewalt vor, insbesondere wenn sie sich gegen Mitglieder religiöser Gemeinschaften richtet. Die Gewalttat wurde international scharf kritisiert. Sie reiht sich ein in eine Serie von Angriffen auf Christen und ihre religiösen Stätten im Heiligen Land in den vergangenen Jahren. In Jerusalem seien Anspucken, Beleidigungen und Anrempeln von Christen mittlerweile alltäglich geworden.

Der Abt der Dormitio-Abtei, Nikodemus Schnabel, erklärte in einem Video, auch er selbst sei häufig Angriffen und Beleidigungen ausgesetzt. In diesem Fall zeigte er sich jedoch besonders bestürzt über die Gewalt gegen eine Frau. »Ich kann nur erahnen, was die Frauen in dieser Stadt gerade leiden, die dieser Gewalt anders ausgeliefert sind als ich – als Mann«, sagte Pater Nikodemus.

HENRIK WEINHOLD

Sumaya Farhat-Naser: »Gott will, dass wir alle in Frieden leben.«



Mehr als 20 Vorträge in Deutschland, der Schweiz und Österreich hielt Prof. Dr. Sumaya Farhat-Naser auf ihrer Vortragsreise im Frühjahr 2026. Die evangelisch-palästinensische Friedensaktivistin aus Birzeit informierte dabei über die sich stetig verschlechternde Lage der Menschen in Palästina. Mittlerweile in ihren Siebzigern, hat sie nichts von der strahlenden Energie verloren, mit der sie sich seit Jahrzehnten für einen gerechten Frieden im Heiligen Land engagiert. Deutlich über 100 Zuhörerinnen und Zuhörer waren Ende Mai ins Albertinenhaus in Hamburg-Schnelsen gekommen, um Farhat-Naser zu erleben. Trotz der vielen schlechten

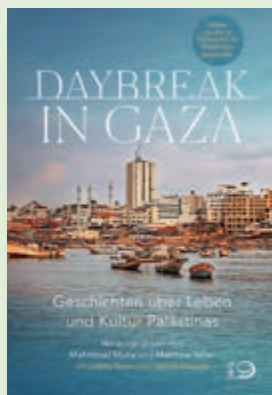
Nachrichten strahlte sie Hoffnung und eine tiefe Freude am Leben aus. Immer wieder machte sie deutlich, worum es im Leben wirklich geht: um ein friedliches Miteinander ganz unterschiedlicher Menschen. Gerade angesichts der Entwicklung in der Westbank – mit schleichenden Annexionen, Siedlergewalt und der zunehmenden Bedrängung von Christinnen und Christen – sagt die Palästinenserin mit der ihr eigenen Klarheit: »Ich glaube, dass es möglich ist, miteinander zu leben, denn uns allen gehört das Land – Palästinensern und Israelis. Das ist Gottes Wille, denn wir sind alle Kinder Gottes. Religion darf niemals für das Töten anderer Menschen missbraucht werden.« Ihr Credo beruht auf drei Säulen: Erstens: Alle Menschen sind gleich. Zweitens: Jeder Mensch ist anders, jeder Mensch ist einzigartig. Drittens: Jeder Mensch trägt einen wunderbaren Kern in sich, den Gott in uns eingepflanzt hat. – Um dies leben zu können, seien echte Begegnungen zwischen Israelis und Palästinensern unverzichtbar. Und – so meine Ergänzung – ebenso eine weltweite Politik und Kirchen, die nicht länger nur zu schauen. SYBILLE MÖLLER-FIEDLER

Olliver Zobel wird neuer Propst in Jerusalem



Dekan Olliver Zobel aus der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau wird neuer evangelischer Propst in Jerusalem. Der 57-jährige Theologe folgt auf Joachim Lenz, der das Propstamt von 2020 an innehatte. Der in Kassel geborene Zobel war von 2002 bis 2019 Pfarrer in Bingen am Rhein, seit 2019 ist er Dekan in Ingelheim-Oppenheim. Sein beruflicher Werdegang hat ihn wiederholt nach Jerusalem und ins Heilige Land geführt, als Student, als Vikar an der

Evangelischen Erlöserkirche und in der Leitung und Verwaltung der in Latrun bei Jerusalem ansässigen Jesus-Bruderschaft Gnadenthal. Sein Propstamt wird er am 1. Dezember 2026 antreten.



*Mahmoud Muna /
Matthew Teller (Hg.)*

DAYBREAK IN GAZA Geschichten über Leben und Kultur Palästinas

**Westend Verlag 2024, 256 S.,
25,00 €, ISBN 978-3-9499-2524-5**

Der Band »Daybreak in Gaza« stellt in 70 kurzen Erfahrungsberichten und Beiträgen den Alltag und die Geschichte Gazas vor. Im Jahr 2024, mitten im Gaza-Krieg, ist der Originalband auf Englisch erschienen. Auch wenn der Titel nicht explizit darauf hinweist, nehmen die Kriegserfahrungen einen großen Raum ein.

Es sind bedrückende Zeugnisse davon, wie der Tod und der Wahnsinn dieses Krieges Israels gegen die Hamas, der von Beginn an auch ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung war, bestimmend für das Leben der Menschen in dieser Region wird: wie sie ihre Angehörigen verlieren, immer wieder zur Flucht gezwungen werden und Stunde um Stunde um ihr eigenes Leben fürchten müssen.

Das frustrierende Gefühl, in dieser Situation zu einer namenlosen leidenden Masse geworden zu sein, findet wie-

derholt Ausdruck. »Wir schreiben, und niemand liest es; wir werden umgebracht, und niemand fühlt mit uns«, schreibt der Journalist Mohammed Omer. Sein Bruder Hussam wurde am 18. Oktober 2023 im Alter von 17 Jahren von der israelischen Armee getötet, als er aus seinem Haus trat. Eine Nachbarin, die ihm zu Hilfe eilt, wird ebenfalls getötet, und ihr Ehemann wird schwer verletzt.

Das Buch »Daybreak in Gaza« hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Namen der im Krieg Getöteten zu veröffentlichen und ihre Geschichten zu erzählen. Einige der Autorinnen und Autoren haben ihr Leben kurz nach dem Verfassen ihres Beitrags verloren, wie die 22-jährige Hiba Abu Nada, die bei einem israelischen Luftangriff mit ihrer Familie am 20. Oktober 2023 getötet wurde.

Gleichzeitig wollen die Herausgeber deutlich machen, dass Gaza mehr ist als ein Kriegs- und Krisengebiet und seine Einwohner nicht allein Opfer von Gewalt und Unterdrückung sind. Der Gazastreifen wird als ein Gebiet mit einer 5000-jährigen Geschichte vorgestellt, als ein fruchtbarer Landstrich, der immer Grenzregion und Durchzugsgebiet war: für Händler, für Heere, aber auch für die Zugvögel, die im Wadi Gaza Ruhe und Wasser fanden. Besiedelt wurde Gaza von Ägyptern, Kanaanäern, den Hyksos (seefahrenden Philistern) und den Palästinensern. Das Buch gibt einen Einblick in das kulturelle Leben, beispielsweise in die regionale Stickereikunst des Tatreez, das Theaterprojekt »Taghreedah« (»Gewitzscher«) und die frühe Fotografie der Region durch armenische Einwanderer. Es stellt Orte vor, wie die öffentliche Küche von Umm Zaher, in der Fatteh, Gogaiyya und Bisara für die Arbeiter des Viertels, die Nachbarn oder für anreisende Gäste gekocht werden.

Auch die Brüche und Konflikte der Gesellschaft sind ein Thema: Rassismus gegenüber der schwarzen Bevölkerung im Gazastreifen oder gegenüber den Dom, die bereits im 14. Jahrhundert nach Palästina kamen und als »Zigeuner« bezeichnet wurden, oder die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung durch die Hamas sowie ihr unrechtmäßiges Regierungshandeln.

Der Band ist ein wertvoller Schatz und bietet ein reiches Kaleidoskop der Kultur, Geschichte und des Alltags der Region. Er lädt dazu ein, sich in die Lektüre zu vertiefen. Die Geschichten und Berichte brauchen ihre Zeit zur Reflexion und zur Trauer um die Getöteten; Zeit auch, um die Sprache zu kitteln, die durch die Gewalt zersprungen scheint.

SIMON KUNTZE



Johannes Zang

»UND AM KONTROLLPUNKT WARTET DIE ERNIEDRIGUNG«

33 Christen aus Palästina reden Klartext

Hampp Verlag 2025, 288 S., 19,90 €, 978-3-9425-6155-6

Der Titel klingt zunächst wie die Aussage eines Schwarzsehers – doch nach der Lektüre der 33 Interviews mit palästinensischen Christinnen und

Christen wirkt er erschreckend realistisch. Die Interviewpartner aus Ostjerusalem und der Westbank erzählen von stundenlangem Warten an den zahlreichen Kontrollpunkten, Schikanen und willkürlichen Schließungen. Fast alle haben ihren Bewegungsradius extrem eingeschränkt. Eine Fahrt von Bethlehem nach Ramallah (27 km Luftlinie) erscheint als Wagnis.

Aus den Berichten ergibt sich ein sehr stimmiges Bild von der derzeitigen Situation, und wie die Christen darauf reagieren. Es gibt viel Resignation, ein wenig Wut, den Willen durchzuhalten. In den Familien wird häufig über Auswanderung gesprochen. Die jungen und alten, evangelischen, katholischen und orthodoxen Christen reden dabei wirklich Klartext und beschreiben Unrecht und Unmenschlichkeit sehr reflektiert, bauen aber keine Feindbilder auf. Sie sehnen sich nach Frieden und finden im Glauben halt. Gleichzeitig eröffnen sich sehr unterschiedliche und spannende Lebensgeschichten und es werden viele Facetten und Details des Israel-Palästina-Konflikts deutlich. Johannes Zang hat mit diesem Buch bewegende Zeugnisse gesammelt und macht so die oft übergangenen Stimmen der palästinensischen Christen hörbar.

HENRIK WEINHOLD

Vertrauensleute des Jerusalemvereins

ANHALT

Pfr. Stephan Grötzsch

Kirchstr. 2
06846 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340 / 617 442
stephan.groetzsch@
kircheanhalt.de

BADEN

Anette Pflanz-Schmidt

a.pflanz_schmidt@web.de
Tel.: 0033 / 369 134 780

BAYERN

Pfarrer Dr. Carsten Brall

Kanzleistraße 11
95444 Bayreuth
Tel.: 0921 / 596 802
Carsten.Brall@elkb.de

Dr. Matthias Schwendemann

Bismarckstr. 1
91054 Erlangen
matthias-schwendemann@
hotmail.com

BERLIN-BRANDENBURG

Pfarrer Dr. Lennart Schirr

Nöldner Str. 43
10317 Berlin
0162/6537488
lennart.schirr@gemeinsam.
ekbo.de

BRAUNSCHWEIG

Propst i. R. Matthias Blümel

Seekannenring 7A
38446 Wolfsburg
Tel.: 05363 / 998 92 87
matthias.bluemel@lk-bs.de

HESSEN-NASSAU

Pfr. Dr. Andreas Goetze

Praunheimer Landstr. 206
60488 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 97 65 18-69
goetze@zentrum-oekumene.de

HANNOVER

Pfarrer Dr. Frank Foerster

Kurt-Schumacher-Allee 25
30851 Langenhagen
Tel.: 0511 / 679 143 04
pastorfrankfoerster@gmx.de

KURHESSEN-WALDECK

Pfarrer Rick-Carol Schapöhler

Escheberger Str. 25
34479 Breuna
0178 579 298 0
rick.schapoehler@ekkw.de

MITTELDEUTSCHLAND

Jens Lattke

Babelsberger Str. 2
39114 Magdeburg
Tel.: 0176 / 804 471 54
jenslattke@posteo.de

NORDKIRCHE

Bischof i. R. Dr. Hans-Jürgen Abromeit

Heinrich-Heine-Str. 31d
17489 Greifswald
Tel.: 03834 / 830 44 77
abromeit@gmx.de

Pastor Andreas Schulz-Schönfeld

Olandstraße 17
25821 Bredstedt
Tel.: 0171 / 537 83 60 (dienstl.)
schuschoe@gmx.de

OLDENBURG

Christian Heubach

Philipp-de-Haas-Str. 3
26125 Oldenburg
christianheubach@gmail.com

PFALZ/SAAR

Pfarrer Jörg Schreiner

Im Winkel 14
67273 Weisenheim am Berg
Tel.: 06353 / 12 57
schreiner.weisenheim@gmx.de

Dr. Wolfgang Wittrock

Am Harzhübel 120
67663 Kaiserslautern
Tel.: 0631 / 132 48
ute.wolfgang.wittrock@
t-online.de

RHEINLAND

Pfarrer Jonathan Kohl

Manteuffelstraße 26
45138 Essen
Tel.: 0177 / 625 42 14
jonathan.kohl@ekir.de

SACHSEN

Pfarrerinnen Elisabeth Veronika Förster-Blume

01069 Dresden
Tel.: 0172 / 361 99 20
elisabeth_veronika.foerster_
blume@evlks.de

Pfarrer Frank Meinel

Martin-Planer-Weg 4
08289 Schneeberg
Tel.: 03772 / 38 15 01
frank.meinel@evlks.de

WESTFALEN

Pfarrer Eberhard Helling

Lessingstrasse 7
32312 Lübbecke
Tel.: 05741 / 52 55
eberhard.helling@gmx.de

**Kontakt in Ihrer
Landeskirche**

PfarrerIn Annegret Mayr

Giersbergstraße 30
57072 Siegen
Tel.: 0271 / 511 21
annegret.mayr@kk-siwi.de

Pfarrer Jens Nieper

Provinzialstr. 410
44388 Dortmund
Tel.: 0231 / 628 292 43
jens.nieper@ekkd.de

WÜRTTEMBERG

PfarrerIn Susanne Blatt

Rotebühlstr.28
71397 Leutenbach
Tel.: 07195 / 91 02 96
susanne.blatt@elkw.de

Bernard Cantré, OStR i. R.

Jagststraße 14
74592 Kirchberg/Jagst
Tel.: 07954 / 85 08
bernard.cantre@t-online.de

Dr. Jörg Schneider

Jürgensenstraße 32
72074 Tübingen
joerg.schneider@elk-wue.de

ÖSTERREICH

Pfarrer Mag. Thomas Hennefeld

Schweglerstr. 39
A-1150 Wien
Tel.: +43 / 699 / 188 770 56
t.hennefeld@evang.at

MILITÄRSEELSORGE

Pfr. Wolf Eckhard Miethke

Pionierkaserne Auf der Schanz
Manching Str. 1
85053 Ingolstadt
Tel.: 0841 / 88 66 0-1510
WolfEckhardMiethke@
bundeswehr.org

IMPRESSUM

Im Lande der Bibel ist eine Zeitschrift zur Information über evangelische Arbeit im Nahen Osten für die Mitglieder des Jerusalemvereins und Förderer der Arbeit und erscheint dreimal jährlich. Vorsitzender des Jerusalemvereins: OKR Wolfgang Schmidt

Herausgeber:

Berliner Missionswerk der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz im Zusammenwirken mit dem Jerusalemverein, Georgenkirchstr. 69/70, D-10249 Berlin

→ berliner-missionswerk.de → jerusalemverein.de

Mitglieder des Redaktionsausschusses: Matthias Blümel,

Sybille Möller-Fiedler, Dr. Simon Kuntze

Redaktion: Dr. Simon Kuntze (SK), Henrik Weinhold (HW). **V.i.S.d.P.:**

Direktor Dr. Ulrich Schöntube

Bildredaktion und Visuelle Konzeption: Henrik Weinhold

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Fotos und Texte werden auch mit Hilfe künstlicher Intelligenz bearbeitet.

Bildnachweis: UNOCHA/Olga Cherevko (Titel, 15), Dmitriy Feldman svarshik/Shutterstock (4), Ines Fischer (5), Jose HERNANDEZ Camera 51/Shutterstock (6, 16 r.), ImageBank4u/Shutterstock (7 o.), UNOCHA/Themba Linden (8 o.), WCC-EAPPI/Nadja (8 u.), Mohannad Khatib/Shutterstock (8 r.), Kobby Dagan/Shutterstock (10), Bahnfreund - CC BY-SA 4.0 (12), UNOCHA (14, 45), WCC-EAPPI/Miriam (16 l.), Griechisch-Orthodoxes Patriarchat von Jerusalem (17), KimVermaat/Shutterstock (18), Ankor Light/Shutterstock (20), SeeSaw GmbH /Shutterstock (22), Lateinisches Patriarchat von Jerusalem (23), Epicano/Shutterstock (24), ELCJHL (25, 26, 38), Seth Aronstam/Shutterstock (27), A.Pushkin/Shutterstock (28 l.), Sybille Möller-Fiedler (29 o.), Yacoub Rabah/Shutterstock (34–37, 52), Talitha Kumi (39), ELS Beit Sahour (40–41), Birzeit University (43 l.), CE-OSS (43), WCC-EAPPI/Lee (46), A.P. (48 o.), WCC-EAPPI/Theo (48 u.), Gerd Herzog (50), Henrik Weinhold (51), Archiv des Berliner Missionswerkes

Layout: Katrin Alt, hellowork.de

ISSN-Nr. 0019-2597

UNSERE BANKVERBINDUNG

Konto des Jerusalemvereins e.V.

Evangelische Bank · BIC: GENODEF1EK1
IBAN: DE66 5206 0410 0003 9097 60

Geschäftsstelle des Jerusalemvereins im Berliner Missionswerk

Georgenkirchstr. 69/70 · D - 10249 Berlin
Tel.: 030 - 243 44 -195/-192
nahost-jv@berliner-missionswerk.de

→ jerusalemverein.de





Warum ich Hoffnung habe



Beim diesjährigen Jahresfest des Jerusalemsvereins im Februar stand die Situation der palästinensischen Christinnen und Christen im Mittelpunkt. Der neue Bischof der ELCJHL, Dr. Imad Haddad, sprach über die Hoffnung angesichts vieler Nöte und Bedrängnisse der Christen im Heiligen Land.

Von **Bischof Dr. Imad Haddad**

Menschen fragen mich oft: Warum hast du Hoffnung? Sie fragen so, als sei Hoffnung etwas Natürliches. Als sei sie leicht. Als bliebe sie unberührt vom Verlust. Ich antworte als Palästinenser, als lutherischer Pastor, als einer, der Elend und Verzweiflung aus nächster Nähe kennt – nicht als Theorie, sondern als gelebte Wirklichkeit. Die Hoffnung kam nicht zu mir, weil das Leben götig war. Sie kam, weil die Verzweiflung sehr real war.

Ich habe gesehen, was anhaltende Ungerechtigkeit mit dem menschlichen Geist macht. Ich stand an der Seite von Familien, denen ihre Häuser genommen wurden. Ich hörte Eltern, die ihren Kindern erklären mussten, warum Angst zum Alltag gehört. Ich weiß, wie es ist, wenn sich die Zukunft anfühlt, als würde sie schrumpfen. Und genau an dieser Stelle entscheide ich mich für die Hoffnung. Nicht, weil ich naiv wäre, sondern weil ich dem Glauben treu bin. Unser Glaube gründet nicht auf Verdrängung. Er gründet auf einem Gott, der in das Leiden eintritt. Die Auferstehung löscht das Kreuz nicht aus – sie geht durch das Kreuz hindurch. Jesus sagt: »Ich bin gekommen, damit sie das Leben haben – und es in Fülle haben.« Nicht irgendwann. Sondern hier, jetzt, mitten in der zerbrochenen Wirklichkeit.

Gott begegnet uns nicht zuerst in der Macht, sondern in der Schwachheit. Nicht zuerst im Triumph, sondern im Kreuz. Darum ist Hoffnung für mich keine Emotion. Hoffnung ist eine Entschei-



dung. Dietrich Bonhoeffer wusste: Gott gibt uns nicht alles, was wir begehren, sondern was wir brauchen, um verantwortlich zu leben. Das ist keine billige Hoffnung – das ist Hoffnung, geboren in Enge, im Widerstand, im kostbaren Glauben. Und das ist die Hoffnung, die ich meine.

Hoffnung heißt: aufzuwachen im Wissen, dass der Tag Demütigung, Verlust oder Verzögerung bringen kann – und dennoch zu wählen, voll zu leben. Hoffnung ist die Schülerin, die ohne Garantien lernt. Der Lehrer, der ohne Sicherheit unterrichtet. Die Eltern, die eine Zukunft planen, die das System auszuradiieren versucht. Das ist kein passives Überleben. Das ist täglich geübte Auferstehung.

Wir erfahren das Leben schon jetzt – in Gemeinschaft, im Lachen, in eigensinniger Freude. Doch wir wissen auch: Das Leben ist noch nicht heil. Die Gerechtigkeit ist nicht erfüllt. Die Freiheit nicht verwirklicht.

Hoffnung lebt in dieser Spannung. Was mir Hoffnung gibt, ist nicht die Abwesenheit des Leids, sondern die Weigerung, dem Leid das letzte Wort zu lassen. Ich sehe Hoffnung, wenn junge Menschen spielen und singen, obwohl sie von Trümmern umgeben sind. Ich sehe Hoffnung, wenn Familien auf den Ruinen ihrer Häuser zusammensitzen, ein Feuer entzünden und Mahlzeiten teilen – weil sie etwas wissen, das zutiefst theologisch ist: Der Tod wird nicht durch den Tod besiegt. Der Tod wird durch das Leben besiegt. Die Kultur des Todes sagt: »Füge dich.« Der Glaube antwortet: »Nein.«

Gott hat unser Elend nicht angesehen und sich abgewandt – er ist hineingegangen. Bonhoeffer wusste: Gott ruft uns nicht zur Resignation, sondern zum verantwortlichen Leben. Und das ist die Herausforderung für uns.

Hoffnung ist nichts Passives.
Hoffnung ist nichts, das man bewundert.
Hoffnung ist etwas, dem man sich anschließt.
Hoffnung heißt, sich zu entscheiden, etwas aufzubauen, wenn Abriss zur Politik geworden ist.

Hoffnung heißt, Bäume zu pflanzen, wenn das Ausreißen zur Routine geworden ist.
Hoffnung heißt zu bilden, zu heilen, zu lieben und Leben zu ordnen, wenn Verzweiflung als einzige Option angeboten wird.

Romantisiert die Hoffnung nicht.
Macht sie nicht zur Parole.
Steht dort, wo es unbequem ist.
Hört zu, wo Schmerz lästig ist.
Wählt das Leben – nicht nur in Worten, sondern in der Praxis.
Schließt euch nicht aus Mitleid an, sondern in Partnerschaft.
Geht mit uns auf dem langen Weg zu einem Leben in Fülle.
Wählt den Frieden, der der Ungerechtigkeit widersteht.
Die Liebe, die den Hass verweigert.
Das Leben, das dem Tod trotzt.

Darum habe ich Hoffnung.
Nicht weil die Nacht kurz wäre,
sondern weil der Morgen verheißen ist.

Solange Menschen aufwachen und das Leben wählen, solange Bäume gepflanzt werden, Kinder unterrichtet werden und zwischen den Ruinen Lieder erklingen – wird die Hoffnung nicht sterben.

Darum: Beklatscht die Hoffnung nicht.
Steht an ihrer Seite.
Bewundert sie nicht aus der Ferne.
Geht mit ihr.
Wählt das Leben – dort, wo der Tod Schweigen erwartet.
Wählt das Leben – dort, wo die Verzweiflung das letzte Wort beansprucht.
Und beweisen wir gemeinsam – mit unserem Leben –, dass die Hoffnung stärker ist.

Dr. Imad Haddad

ist seit Januar 2026 Bischof
der ELCJHL.



Die ELCJHL-Diakonie hilft konkret und stiftet Gemeinschaft



Die Diakonie der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL) begegnet der zunehmenden wirtschaftlichen Not und Armut im Westjordanland mit einem breiten Ansatz: Neben Hilfen für Lebensmittel und medizinische Versorgung gehören auch seelsorgerliche Begleitung und Gemeinschaft stiftende Angebote zur Arbeit.

Ein Beispiel dafür ist das Kochtherapie-Programm »Cooking to Cure«, mit dem die Diakonie Mütter bei der Bewältigung ihres belasteten Alltags unterstützt hat. In sechs Sitzungen von November 2025 bis Februar 2026 erlernten die Teilnehmerinnen neue

Kochtechniken und stärkten zugleich Achtsamkeit, Kreativität und persönliche Ressourcen in einem geschützten Rahmen. Die Mütter erlebten in der Zusammenarbeit mit einer Psychologin und der Diakonie-Köchin Gemeinschaft und gegenseitige Unterstützung. Vor dem Hintergrund von Krieg und wirtschaftlicher Not stärkt das gezielt Resilienz und Selbstvertrauen.

Auch die Gehörlosengemeinschaft der ELCJHL profitiert von den praxisnahen Angeboten. In Zusammenarbeit mit dem Palingual Center organisiert die Diakonie eine Workshop-Reihe zur Lebensmittelkonservierung. Angesichts anhaltender Konflikte und regionaler Instabilität erlernt die Gruppe Techniken zur Haltbarmachung von Obst und Gemüse, um ohne Kühlung einen Vorrat an gesunden Lebensmitteln anzulegen. Darüber hinaus setzte die ELCJHL-Diakonie im April ihre Nothilfeprogramme fort. Familien in der Region erhielten Lebensmittelgutscheine, Unterstützung bei medizinischen Kosten sowie warme Mahlzeiten durch das laufende Programm »Hot Meals«, einen wöchentlichen mobilen Mittagstisch.

Erfolgreiches Abitur an den evangelischen Schulen



Große Freude in Beit Jala, Beit Sahour, Bethlehem und Ramallah: 100 Schülerinnen und Schüler haben das palästinensische Abitur (Tawjihi) bestanden, ebenso 12 junge Erwachsene die Deutsche Internationale Abiturprüfung in Talitha Kumi. Hinter den Abiturienten liegen schwere Jahre. Sie haben die Corona-Pandemie erlebt, den Gazakrieg und den Irankrieg mit allen damit verbundenen Einschränkungen und Verschlechterungen der Lebensverhältnisse. Trotzdem konnten alle Schulen ihr

**Zeugnisübergabe
in der Schule der
Hoffnung, Ramallah**

hervorragendes Lernumfeld aufrechterhalten und umso freudiger wurde das erfolgreiche Abitur gefeiert.

Spendenlauf mit viel Energie, Gemeinschaft und Herz



»Talitha Kumi läuft weiter!« – so lautete das Motto des Spendenlaufs, den die Schule Talitha Kumi anlässlich ihres 175-jährigen Jubiläums am 18. April 2026 veranstaltete. Der Lauf wurde zu einem fröhlichen Treffen der Schulgemeinschaft, insbesondere nach einer längeren Phase ohne Präsenzunterricht infolge des Irankriegs und der Osterferien.

Während des Krieges hatte der Unterricht ausschließlich online stattgefunden, umso größer war die Freude über das lebendige Miteinander auf dem Schulgelände. Schülerinnen und Schüler aller Jahrgangsstufen nahmen gemeinsam mit ihren Lehrkräften am Lauf teil, zahlreiche Eltern verfolgten das Geschehen vor Ort. Entlang der Strecke herrschte eine offene und mitreißende Atmosphäre.

Der Spendenlauf ist für Talitha Kumi eine besondere Herzensangelegenheit. Der Erlös kommt Kindern mit besonderen Bedürfnissen im Projekt Lifegate zugute. Mit der ebenfalls in Beit Jala ansässigen Einrichtung Lifegate verbindet Talitha Kumi eine langjährige Freundschaft, die von einem regelmäßigen Austausch geprägt ist.

Im Jubiläumsjahr blickt die Schulgemeinschaft mit Zuversicht auf weitere Veranstaltungen, die eine aktive, starke und solidarische Gemeinschaft fördern.





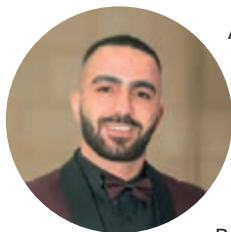
Wurzeln, die tragen

Absolventinnen und Absolventen aus Beit Sahour berichten

Die Evangelisch-Lutherischen Schule Beit Sahour, die in diesem Jahr ihr 125-jähriges Bestehen feiert, hat das Leben vieler junger Frauen und Männer geprägt. Einige gingen in die Welt, viele bleiben bewusst in Palästina.



Nach Sharjah (VAE) hat es **Shireen Sahouri** (45) gezogen. Sie arbeitet in leitender Funktion an Projekten zum Schutz des kulturellen Erbes. Zuvor war sie vier Jahre lang im palästinensischen Ministerium für Tourismus und Altertümer für Restaurierungsprojekte verantwortlich. Den Grundstein ihres Weges sieht sie in der Schulzeit: »Die Schule war kein Ort des Lernens allein, sondern ein sicherer Raum zum Wachsen und Entdecken.« Musik, Sport, lebendige Diskussionen und engagierte Lehrkräfte förderten früh ihr Interesse an Raum, Struktur und Geschichte – und prägen ihren beruflichen wie persönlichen Kompass bis heute.



Als Krankenpfleger im Bereich der Infektionskontrolle lebt und arbeitet **Ayman Shuibat** (32) in Jerusalem. Zuvor war er in der Hämatologie am Al-Mutalla'-Krankenhaus tätig und machte seinen Bachelor in Pflegewissenschaften an der Universität Bethlehem. Zu seiner Schulzeit in Beit Sahour, die er 2012 mit dem palästinensischen Abitur

Tawjihi abschloss, sagt er rückblickend: »Die Schule war für mich nicht nur eine Bildungseinrichtung, sondern prägte mein ganzes Leben – mit Liebe, Respekt und dem familiären Klima.« Sie vermittelte Werte, die ihn bis heute begleiten – von Durchhaltevermögen und Teamgeist bis hin zu einem starken Verantwortungsgefühl.

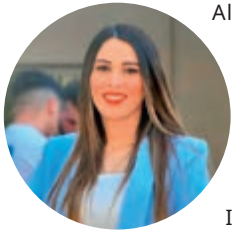


Nadine Qassis-Banoura (34) lebt in Beit Sahour und ist der Evangelisch-Lutherischen Schule weiterhin eng verbunden – nicht nur als Alumna, sondern auch als Mutter zweier Schülerinnen. Nach ihrem Rechnungswesen-Studium arbeitet sie als Buchhalterin am Bethlehem Bible College. Rückblickend beschreibt sie die Schule als »mein zweites Zuhause, in dem ich von der Vorschule bis zum Abitur die schönsten Jahre meines Lebens verbracht habe«. Besonders geprägt haben sie Musik- und Chorarbeit, Austauschreisen nach Deutschland und in die Schweiz sowie das familiäre Schulklima, in dem Selbstvertrauen, Teamgeist und Werte fürs Leben vermittelt wurden.



Fadi Hanna Al-Yatims

Weg führte 2018, im Jahr seines Schulabschlusses in Beit Sahour, nach Deutschland. Er studierte Humanmedizin und arbeitet heute als Assistenzarzt in einem hochspezialisierten radiologischen Universitätsklinikum in Essen. Parallel verfolgt der 26-Jährige seine medizinische Promotion. Neben der hervorragenden schulischen Bildung prägten ihn besonders Austauschprogramme, die Schülervertretung sowie kulturelle und soziale Aktivitäten. Rückblickend sagt er über seine Schulzeit: »Die Schule hat mir Verantwortung, Teamgeist und den Mut gegeben, Chancen zu ergreifen und über den Tellerrand hinauszudenken.«



Als Mitarbeiterin an der Palästinensischen Ahliya Universität in Bethlehem begleitet **Nia Al-Qassis** Studierende auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt.

Ihre berufliche Laufbahn begann sie direkt nach dem Bachelorabschluss in Betriebswirtschaft; 2025 schloss sie zusätzlich einen Master in Gründungsmanagement ab. Die ELS Beit Sahour, an der sie 2015 das Abitur machte, beschreibt auch sie als »zweites Zuhause«, das ihr nicht nur eine fundierte Ausbildung, sondern auch Selbstvertrauen, Führungsstärke und

Teamgeist vermittelt habe. Die engagierten Lehrkräfte prägten ihre Persönlichkeit nachhaltig. 2026 wird sie ihre Tochter für die Schule anmelden.

Heute unterrichtet der Cellist **Naseem Alatrash**

Musik an renommierten Universitäten in den USA und tritt als Musiker mit bekannten Ensembles auf, darunter dem zweifach Grammy-prämierten Streichquartett Turtle Island. Den Ursprung dieses Weges sieht er in seiner Schulzeit: »Die erste Saat wurde gelegt, als mein Musiklehrer mein Talent erkannte und mich ermutigte, meinen Weg konsequent zu gehen.« Die Evangelisch-Lutherische Schule, an der er 2009 Abitur machte, hat ihm durch ihre starken außerschulischen Angebote sowie engagierte Lehrkräfte das nötige Vertrauen und Fundament für eine internationale Karriere gegeben.



Henrik Weinhold

Redakteur

Ehemalige Talitha-Kumi-Schülerin in Birzeit verhaftet

Bischof Haddad fordert Freilassung von Nathalie Abudayyeh

Am 2. Juni 2026 wurden Natalie Abudayyeh und drei weitere junge Frauen in Birzeit vom israelischen Militär verhaftet und inhaftiert. Die 21-jährige Studentin gehört zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land und war Schülerin von Talitha Kumi. Sie ist Mitglied der Palästinensischen Fußballnationalmannschaft der Frauen.

In einer Stellungnahme schreibt Dr. Imad Haddad, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL) über die Festnahme einer jungen Christin in Birzeit:

»Heute Morgen wurde Natalie Abudayyeh von israelischem Militär mit vorgehaltener Waffe aus ihrer Studentinnenwohnung in Birzeit zusammen mit drei anderen Frauen abgeführt. Die junge Frau ist ein hochgeschätztes Mitglied unserer Kirche. Wir sind zutiefst schockiert und entsetzt über diese Nachricht ... Natalie ist Mitglied der Reformationsgemeinde in Beit Jala und Absolventin der Schule Talitha Kumi. Sie studiert Medienwissenschaften und Journalismus an der Universität Birzeit.

Als Bischof der ELCJHL fordere ich die sofortige Freilassung von Natalie auf das Entschiedenste. Die gesamte ELCJHL steht in Solidarität mit der Familie Abudayyeh ... Gemeinsam beten wir inständig für Natalies Sicherheit und Freiheit. Es beunruhigt uns zutiefst, dass Natalie nun zu den Tausenden Palästinensern gehört, die ohne Anklage oder Prozess in israelischer Haft sind. Palästinensische Zivilisten – darunter Frauen und Kinder – erleiden in israelischer

Militärhaft schweres Unrecht und werden oft monate- oder jahrelang ohne Begründung festgehalten.

Wir rufen unsere Freunde, Partner und Schwestern und Brüder in Christus auf der ganzen Welt auf, sich für Natalies Freiheit einzusetzen – mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln – und ein Ende dieses ungerechten und ungerechten Systems der Festnahme und Inhaftierung zu fordern, das palästinensische Gemeinden lähmt und zerstört.«

Die Verhaftung von Natalie Abudayyeh und ihrer Mitbewohnerinnen erfolgte im Rahmen einer großangelegten Razzia, bei der insgesamt mehr als 30 Personen verhaftet wurden. Nach Angaben eines Familienangehörigen wurde die Studentin um zwei Uhr nachts verhaftet und in ein Gefängnis in Jerusalem gebracht. Sie konnte dort mit einem Anwalt sprechen. Am 14. Juni soll sie vor einem Gericht vernommen werden.

Spitzenvertreter der Evangelischen Kirche reagierten erschüttert auf die Festnahme, darunter Bischof Dr. Christian Stäblein (EKBO). »Ich bin entsetzt über dieses Vorgehen des israelischen Militärs. Eine Festsetzung ohne Anklage,



ohne richterlichen Beschluss und ohne geregelttes Verfahren entspricht nicht rechtsstaatlichen Verfahren und rechtsstaatlicher Ordnung. Wir sind in tiefer Sorge mit den Familien der Betroffenen und fordern Aufklärung und Freilassung«, betont Stäblein.

Die EKD-Ratsvorsitzende Kirsten Fehrs, Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck der Nordelbischen Kirche, schreibt: „Gerade junge Frauen tragen in Konflikten oft eine besondere Last. Deshalb gilt Natalie heute meine Solidarität – und mit ihr vielen jungen Frauen in Israel und Palästina, die sich nach Sicherheit, Freiheit und einer Zukunft in Frieden sehnen. Ich hoffe und bete, dass Natalie geschützt wird, dass ihre Familie Klarheit erhält und dass ihre Würde geachtet wird. Und ich halte an der Hoffnung fest, dass Menschlichkeit und Frieden stärker sind als Angst, Hass und Gewalt.“

EKD-Auslandsbischof Frank Kopania erklärte sich solidarisch mit Natalie Abudayyeh, ihrer Familie und der ELCJHL.

Links: Die Universität Birzeit und ihre Studierenden waren in der Vergangenheit wiederholt Ziel israelischer Militäreinsätze.

Nathalie Abudayyeh entstammt einer angesehenen christlichen Familie in Beit Jala.

Er fordert eine rasche Klärung des Falls und schreibt: »Als Kirchen stehen wir an der Seite derer, die um ihre Freiheit, ihre Sicherheit und ihre Würde bangen. Unser Gebet gilt Natalie Abudayyeh, ihrer Familie und allen Menschen im Heiligen Land, die unter den Folgen der anhaltenden Konflikte leiden. Frieden, Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenrechte bleiben die unverzichtbaren Grundlagen für eine gemeinsame Zukunft von Israelis und Palästinensern.«

Auch die badische Landesbischöfin Heike Springhart äußerte sich besorgt: »Rechtsstaatliche Prinzipien und die Menschenrechte gelten für jeden Menschen – egal, welcher Religion sie oder er angehört. Das gilt auch für die Menschen in Israel und Palästina.« Zugleich betonte Springhart, dass Willkür und Gewalt auf allen Seiten nicht weiter eskalieren dürfen.

Zum Redaktionsschluss am 11. Juni 2026 befand sich Nathalie Abudayyeh noch in Haft. Aktuelle Informationen zu ihrer Inhaftierung unter → [jerusalemverein.de](https://www.jerusalemverein.de)

Henrik Weinhold

Redakteur



Odyssee zwischen Ägypten und Gaza

Der mühsame und hindernisreiche Weg der Hilfslieferungen

Lastwagen stehen Stoßstange an Stoßstange auf den Straßen rund um Al-Arisch und Rafah. Manche transportieren Mehl, Konserven und Trinkwasser, andere Medikamente oder Decken. Ihr Ziel liegt nur wenige Kilometer entfernt: der Gazastreifen. Und doch bleibt dieser Weg für viele Lieferungen lang, unsicher und oft unberechenbar.

Seit Beginn des Gazakrieges ist Ägypten zum wichtigsten Ausgangspunkt für die humanitäre Hilfe geworden. Mehr als 22.000 Hilfslastwagen rollten seit Ausbruch des Konflikts bis Anfang 2026 in den Gazastreifen. Hinter dieser Zahl verbirgt sich eine Odyssee. Wenn internationale Hilfsgüter per Schiff im Hafen von Port Said oder per Flugzeug am Flughafen von Al-Arisch eintreffen, beginnt ein komplizierter logistischer Prozess.

Die Güter werden zunächst in den riesigen Hallen des Ägyptischen Roten Halbmonds auf dem Sinai sortiert und auf Lkw verladen. Doch die Fahrzeuge dürfen nicht direkt nach Gaza einfahren. Ihr Weg

führt sie in einer tagelangen Schleife zunächst tief nach Süden zum israelischen Kontrollpunkt Nitzana. Dort müssen alle Lkw komplett entladen, gescannt und von israelischen Behörden auf »Dual-Use«-Güter (Gegenstände, die theoretisch militärisch genutzt werden könnten) untersucht werden. Schon eine Schere in einem Verbandskasten kann dazu führen, dass der gesamte Lastwagen abgewiesen wird. Nach der Freigabe fahren die Lkw zum Grenzübergang Karem Abu Salem (Kerem Shalom). Hier erfolgt das sogenannte »Back-to-Back«-Verfahren: Die ägyptischen Lkw laden die Fracht in einer Pufferzone ab, wo sie dann von palästinensischen Fah-



Links: Lkw mit Hilfsgütern der ägyptisch-christlichen Organisation CEOSS.

Rechts: In Gaza mangelt es an allem: Unterkünfte, Nahrung, Trinkwasser ...

ern umgeladen wird, um sie endlich ins Innere Gazas zu bringen. Den logistischen Kraftakt ermöglichen rund 35.000 Freiwillige des Ägyptischen Roten Halbmonds. An Straßen, in Logistikzentren und an Grenzpunkten koordinieren sie unermüdlich die Lagerung, Registrierung und Weiterleitung der Güter. Unzählige Hände packen Lebensmittelkartons, sortieren Medikamente oder beladen die Frachter.

Zu den einheimischen ägyptischen Organisationen, die Hilfsgüter für Gaza bereitleisten, gehört die Coptic Evangelical Organisation for Social Services (CEOSS). Der Diakonieleiter Dr. André Zaki berichtet, dass CEOSS bereits über 1.000 Tonnen an Nothilfe nach Gaza schicken konnte, darunter lebenswichtige Lebensmittel, Decken für den Winter und Medikamente.

Parallel zu den Hilfslieferungen reisen kontinuierlich Ärztinnen, Ärzte und Pflegekräfte an die Grenze. Während in der Gegenrichtung Krankenwagen einzelne Schwerverletzte zur Behandlung nach Ägypten transportieren. In Gaza betreibt das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ein großes Feldhospital, das unter extremen Bedingungen arbeitet. Seit seiner Eröffnung wurden hier bereits über 250.000 medizinische Konsultationen durchgeführt und mehr als 11.300 Notoperationen realisiert.

Der Weg der Hilfslieferungen ist nicht nur kompliziert, sondern es ändern sich auch immer wieder die Rahmenbe-

dingungen: Grenzübergänge werden blockiert, Lieferungen verzögert oder Sicherheitskontrollen verschärft. Dadurch stauen sich die Fahrzeuge teilweise wochenlang auf dem Sinai.

Doch selbst wenn Lastwagen die Grenze passieren, bedeutet das nicht automatisch, dass die Hilfe ankommt. Im Inneren Gazas wartet die nächste logistische Bruchlinie: Zerstörte Straßen, akuter Treibstoffmangel und massive Sicherheitsrisiken machen die Verteilung zu einer Zerreißprobe. Die Familien warten oft vergeblich auf Brot oder sauberes Wasser.

Für uns als Christinnen und Christen bleibt dieser Zustand eine offene Wunde und ein unüberhörbarer Handlungsauftrag. Jedes blockierte Hilfspaket und jeder abgewiesene Helfer fordert unseren Widerspruch heraus. Doch solange Zehntausende Freiwillige unermüdlich Kisten packen und medizinische Teams unter Lebensgefahr Heilung bringen, bleibt ein Licht in der Dunkelheit. In jeder dieser Taten der Nächstenliebe liegt der tiefere Sinn unserer gemeinsamen Arbeit: nämlich dem Nächsten in Palästina seine von Gott gegebene Würde zurückzugeben und zu zeigen, dass er in seinem Leid nicht vergessen ist.

Saher Youssef

ist ägyptischer Christ und absolviert als Student ein Praktikum im Berliner Missionswerk.



Archäologie als Mittel von Enteignung

Vertreibungen in Susiya durch eine Ausgrabungsstätte

Die South Hebron Hills sind ein entlegenes Gebiet im Westjordanland. Hier wurden in den 1980er Jahren die Bewohner:innen der Ortschaft Susiya durch eine israelische Ausgrabungsstätte vertrieben. Sie haben sich im Umland des ehemaligen Ortes angesiedelt, stehen dort aber bis heute unter permanentem Vertreibungsdruck und werden durch gewaltbereite Siedler:innen bedroht. Das ökumenische Begleitprogramm EAPPI entsendet regelmäßig Teilnehmende in die Region.

Von Lee

Wir sind auf dem Weg in das kleine Dorf Susiya, einem Ort in den South Hebron Hills, der im sogenannten C-Gebiet liegt und somit unter vollständiger israelischer Kontrolle steht. Wie an vielen anderen Orten im Westjor-

danland werden die Bewohner:innen von Susiya von radikalen Siedler:innen belästigt, bedroht und auch körperlich angegriffen. Die Angriffe geschehen regelmäßig, teils mehrfach täglich. Am 24. Februar griffen etwa 20 Siedler das Dorf in der

Ökumenische Begleiter:innen auf dem Weg nach Susiya. © WCC-EAPPI/Lee

Nacht an, steckten Häuser und Stallungen in Brand. Israelische Sicherheitskräfte greifen in der Regel nicht ein oder tun dies zu Ungunsten der Angegriffenen. Die Täter müssen keine strafrechtliche Verfolgung fürchten. Mit 1.828 Übergriffen, die Schaden an Personen oder Sachen zur Folge hatten, war 2025 ein neues negatives Rekordjahr in Bezug auf Siedlergewalt. Die South Hebron Hills sind eines der Gebiete, die am meisten von dieser Gewalt betroffen sind.

Als ökumenische Begleiter:innen dokumentieren wir solche Vorfälle und zeigen durch unsere Präsenz Solidarität mit den betroffenen palästinensischen Gemeinden. Das heutige Susiya ist klein: Hier leben geschätzt 350–400 Personen, hauptsächlich von der Landwirtschaft. Neben einigen Wohnhäusern und einer Schule gibt es hier nicht sehr viel. Regelmäßig kommen uns Busse mit hebräischer Aufschrift entgegen. Sie transportieren israelische Tourist:innen zur nahegelegenen Ausgrabungsstätte, in deren unmittelbarer Nachbarschaft die Menschen von Susiya lange lebten.

Das bis in die 1980er Jahre existente Susiya war ein muslimisch geprägter Ort, in dem sich bereits vor hunderten Jahren die ersten Bewohner:innen niederließen. Die ansässigen Familien gehörten zu einer Hirtenvölkergemeinschaft, die in natürlichen oder teils bereits vor tausenden Jahren gegrabenen Höhlen lebten. Noch heute steht die Landwirtschaft im Zentrum des Lebens der Dorfgemeinschaft, führen die Schäfer:innen die Schafe auf das Land, das sie rechtmäßig besitzen. Die Dokumente, die ihr Eigentum bestätigen, stammen aus osmanischer Zeit und

belegen, dass die Bewohner:innen tief verwurzelt mit ihrem Land sind. Nach der israelischen Besetzung 1967 veränderte sich das Leben der Menschen von Susiya schlagartig.

Die Forschungsgeschichte zu Susiya reicht weit bis ins 19. Jahrhundert zurück, als das Ruinengelände als antike Stätte anerkannt wurde. Doch erst 1969 fand man heraus, dass es sich bei einer der antiken Strukturen um eine Synagoge handelte. In den 1970er Jahren wurden im Auftrag des israelischen Erziehungs- und Kultusministeriums archäologische Grabungen durchgeführt. Ab 1983 wurde die antike Synagoge umfangreich restauriert, um sie für Tourist:innen zugänglich zu machen.

Die israelische Zivilverwaltung erklärte das Gebiet rund um die Synagoge und damit auch das palästinensische Dorf Susiya zur archäologischen Stätte und beschlagnahmte das Land für »öffentliche Zwecke«. Die Höhlen, in denen bis kurz zuvor noch Menschen gelebt hatten, wurden Teil der Ausgrabungsstätte. Das Gelände wurde dem South Hebron Hills Regional Council übergeben, einer Art Regionalverwaltung der völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen im südlichen Westjordanland. Dieser errichtete dort ein Besucherzentrum, das den Ort als historische jüdische Siedlungsstelle präsentiert. 1986 waren die letzten Familien gezwungen, den Ort Susiya zu verlassen, sie siedelten sich auf ihren landwirtschaftlichen Flächen an und sind dort weiterhin von Vertreibung bedroht und von Hauszerstörungen und Siedlergewalt betroffen.

Parallel zu den Ausgrabungen entstand nur wenige Kilometer entfernt 1983 die völkerrechtswidrige israelische Siedlung Suseya, die heute etwa 1.600 Einwohner:innen hat. 2002 entstand ein Siedlungsaußenposten bei der Ausgra-



Die Ausgrabungsstätte, aufgenommen 2016 während eines privaten Besuchs eines späteren Ökumenischen Begleiters. © A.P.

Häuser im Dorf Susiya, auf dem Hügel im Hintergrund liegt die völkerrechtswidrige Siedlung Suseya. © WCC-EAPPI/Theo 2022

ungsstätte, der ein weites Gebiet rund um die archäologische Stätte kontrolliert, wobei es sich größtenteils um palästinensisches Privatland handelt. Weitere sechs Außenposten wurden zwischen 2001 und 2024 in der unmittelbaren Umgebung errichtet.

Die Ausgrabungen ergaben, dass Susiya zwischen dem 4. und 8. Jahrhundert n. Chr. eine bedeutende jüdische Stadt war. Ab dem 9. Jahrhundert sind Spuren muslimischer Bewohner:innen zu finden, etwa anhand der Überreste einer Moschee. Zwischenzeitlich verlor der Ort an Bedeutung und wurde schließlich aufge-

geben. Im Zeitraum vom 11. bis 13. Jahrhundert wurde eine auf Landwirtschaft basierte Dorfgemeinschaft neu gegründet, die bis in die Moderne erhalten blieb.

Wer heute die antike Synagoge in Susiya besucht, wird ausschließlich über die jüdische Geschichte des Ortes informiert. Dadurch werden die völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen in der Region und die Vertreibung der palästinensischen Bewohner:innen gerechtfertigt.

Unser Fahrer stammt aus dem alten Susiya und erzählt uns unterwegs seine Familiengeschichte: Seit osmanischer Zeit bis zu ihrer Vertreibung in den 1980er Jahre lebte die Familie friedlich in Susiya. Seine Mutter hat ihn in den dortigen Höhlen zur Welt gebracht. Er erzählt von der emotionalen Verbindung zwischen seinen Familienmitgliedern und zu ihrem Dorf über Generationen hinaus. Während er erzählt, ist die Verbitterung in seinem Gesicht nicht zu übersehen. Als ich ihn

fragte, wieso in seiner Erzählung nie die Synagoge vorkam, antwortete er mir, dass die Ausgrabung der Synagoge jünger als er selbst sei. Mir wurde bewusst, wie in relativ kurzer Zeit das Leben hunderter Menschen auf den Kopf gestellt wurde, indem sie dazu gezwungen wurden, ihre Wohnstätten zu verlassen.

Aber auch im neuen Siedlungsgebiet droht ihnen die Vertreibung. Soldaten zerstörten wiederholt ohne Vorwarnung das Eigentum sowie die Unterkünfte und verstopften Wasserzisternen. Dennoch blieben die Menschen weiter vor Ort, errichteten neue Häuser und Ställe für ihr Vieh. Die Menschen klagten mehrfach gegen das Vorgehen der israelischen Zivilverwaltung vor dem Israelischen Obersten Gerichtshof, jedoch wurden ihre Klagen abgewiesen. Ein Flächennutzungsplan, den die israelische Nichtregierungsorganisation Rabbis for Human Rights im Namen der Bewohner:innen bei der Zivilverwaltung eingereichte, wurde abgelehnt. In der Begründung hieß es, dass die palästinensischen Dörfer in den South Hebron Hills zu abgelegen seien, um ihre Versorgung zu sichern. Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem stellte heraus, wie erstaunlich dieses Urteil sei angesichts der vielen illegalen Siedlungsaußenposten, die vom israelischen Staat versorgt und geschützt werden.

Ein israelisches Gesetzgebungsvorhaben sieht die Gründung einer neuen zivilen Behörde für die Verwaltung der über 6.000 archäologischen Stätten im Westjordanland vor. Sofern umgesetzt, wäre dies der erste Fall direkter israelischer ziviler Gesetzgebung in den besetzten Gebieten und ein klarer Verstoß gegen internationales Recht. Nicht nur Susiya ist hiervon betroffen, sondern auch Orte wie Sebastia, das biblische Samaria, oder das UNESCO-Weltkulturerbe Battir.

Umso wichtiger ist es, in diesen Zeiten die Aufmerksamkeit auf die Menschen vor Ort zu richten, die sich trotz der voranschreitenden de-facto Annexion des Westjordanlands durch ihre Standhaftigkeit und ihr Bleiben gegen ihre Verdrängung durch die Besatzung wehren. Nasser Nawajah, Einwohner von Susiya und palästinensischer Field Worker von B'Tselem, schrieb 2012: »Man bezeichnet mein Dorf als illegalen palästinensischen Außenposten. Doch dieses Land gehörte uns schon vor der Gründung des Staates Israel. Mein Vater ist älter als euer Staat, und ich soll auf meinem eigenen Land nicht rechtmäßig leben dürfen? Ich frage euch: Wo bleibt da die Gerechtigkeit?« Bis heute lebt er in Susiya, alle Ökumenischen Begleiter:innen, die in den South Hebron Hills im Einsatz waren, haben ihn kennengelernt.

Aber wie lange können die Menschen noch durchhalten, wenn nicht nur die Verdrängung durch die Besatzung droht, sondern sie auch zunehmend durch die Gewalt der Siedler unter Druck gesetzt werden? – Die Dringlichkeit ist unübersehbar, und solange Menschen hinschauen, sich einmischen und Solidarität zeigen, bleibt die Hoffnung auf eine gerechtere Zukunft bestehen.

Lee

Die Autorin nahm für pax christi – Deutsche Sektion am Ökumenischen Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) des Ökumenischen Rates der Kirchen teil. Diese Stellungnahme gibt nur ihre persönlichen Ansichten wieder, die nicht unbedingt die von pax christi oder des ÖRK sind.



HIER
KÖNNEN
SIE
HELFFEN!

BILDUNG schenkt
WÜRDE

Seit 175 Jahren schenken evangelisch-lutherische Schulen in Palästina Kindern und Jugendlichen eine Perspektive. Sie stiften Identität und Gemeinschaft, setzen sich für die Gleichwertigkeit der Geschlechter ein und verbreiten die Botschaft von Frieden und Versöhnung.

In Ramallah, Beit Sahour, Bethlehem und Beit Jala erhalten über 2.000 Schülerinnen und Schüler eine fundierte Bildung vom Kindergarten bis zum Abitur. Christliche sowie muslimische Kinder und Jugendliche lernen hier Seite an Seite für ihre Zukunft.

Im Unterschied zu anderen palästinensischen Bildungseinrichtungen, in denen Autorität und Auswendiglernen den Unterricht bestimmen, legen die lutherischen Schulen großen Wert auf ganzheitliches Lernen und die Förderung individueller Begabungen.

Dabei können die Schulen auf eine lange Tradition zurückblicken. So begeht die Evangelisch-Lutherische Schule Beit Sahour in diesem Jahr ihr 125-jähriges Jubiläum, Talitha Kumi kann sogar auf 175 Jahre engagierte Bildungsarbeit zurückblicken.

Als kirchliche Privatschulen unter Trägerschaft unserer palästinensischen Partnerkirche und des Berliner Missionswerks sind die Bildungseinrichtungen finanziell auf Spenden angewiesen. Nur so können der reguläre Unterricht, aber auch außerschulische Angebote wie psychologische Beratung, Theatergruppen, künstlerische Aktivitäten und Sport gesichert werden.

Bitte unterstützen Sie die evangelischen Schulen in Palästina! Ihre Spende unterstützt den Schulalltag ganz konkret und ermöglicht allen Kindern Zugang zu guter Bildung. Herzlichen Dank!

Ein Überweisungsformular finden Sie in der Mitte des Hefts.



Spendenkonto
Jerusalemverein e.V.
Evangelische Bank

IBAN
DE66 5206 0410
0003 9097 60

Kennwort
ILB Evangelische Schulen





→ berliner-missionswerk.de



→ jerusalemverein.de